

Ordentlicher Unterbezirksparteitag

KölnSPD

25. Juni 2022

Gürzenich zu Köln

**Ergänzungen
zum bestehenden
Antragsspiegel**



Ergänzungen zur bestehenden Antragsübersicht UBParteitag am 25. Juni 2022

Nr.	Gliederung / Bereich		Schlagwort / Thema	Antragsteller	Adressat
32	3 Stadt/Stadtentwicklung/ Stadtverwaltung	3.6	Videoüberwachung	Juso	Ratsfraktion
33		3.7	Aufklärungskampagne Müll	Juso	Ratsfraktion
34		3.8	Defensive Architektur	Juso	Ratsfraktion
35	5 Wohnen	5.4	Junges Wohnen	Juso	Ratsfraktion, Landtagsfraktion, Bundestagsfraktion
36		5.5	Bezahlbares Wohnen	Juso	Ratsfraktion
37		5.6	Umwandlung Wohnraum	Juso	Ratsfraktion
38		5.7	Umbau Justizzentrum	Juso	Ratsfraktion
39	7 Gesundheit	7.4	Hausärztliche Versorgung	Juso	Bundestagsfraktion, Landtagsfraktion, Ratsfraktion
40	8 Nachhaltigkeit	8.2	Verpackungsinformationen zu tierischen Inhalten	Juso	Parteivorstand, NRWSPD
41	10 Innen / Recht	10.6	Reform Integrationsrecht	OV Poll, Ensen, Westhoven	Bundestagsfraktion
42		10.7	Sorgerecht, Unterhalt bei nichtehelichen Elternpaaren	OV Niehl	Parteivorstand, Bundestagsfraktion
43	11 Außen-/ Sicherheitspolitik / Europa / Frieden	11.2	Europäische Friedenspolitik	Europaforum	Parteivorstand
44		11.3	Sozialdemokratische Friedenspolitik	AG 60plus	Parteivorstand
45		11.4	Sozialdemokratische Friedenspolitik	OV Lindenthal	Parteivorstand
46		11.5	WM in Katar boykottieren	Juso	Bundesregierung, DFB
47	13 Wissenschaft	13.1	Gegen die Neoliberalisierung der Hochschulen	Juso	Landtagsfraktion NRWSPD
48	14 Arbeit	14.1	Kommunale Jobgarantie	Juso	Ratsfraktion, Landtagsfraktion, Bundestagsfraktion
49		14.2	Kommunale Ausbildung	Juso	NRWSPD, Landtagsfraktion, Ratsfraktion
50	15 Organisationspolitik / Partei	15.1	Parteispenden	Juso	UB-Vorstand
51		15.2	Mandatsträgerabgaben	AG 60plus	UB-Vorstand

1259 **3 Stadt / Stadtentwicklung / Stadtverwaltung**

1260

1261 **3.6**

1262 **Antragsstelle: Jusos**

1263 **Thema: NIEMAND HAT DIE ABSICHT VIDEOÜBERWACHUNG**
1264 **EINZURICHTEN!**

1265

1266 Die Jusos sind grundsätzlich gegen Videoüberwachung. Sollte eine Videoüberwachung jedoch
1267 dennoch eingerichtet werden, so fordern wir, dass in Bezug auf neu einzurichtende
1268 Videoüberwachung in öffentlich zugänglichen Bereichen in Kommunen

1269

- 1270
- 1271 • im Vorfeld die kommunalen Vertreter*innen entsprechend der jeweiligen kommunalen
 - 1272 Zuständigkeitsordnung in einer Beschlussvorlage darüber informiert werden müssen,
 - 1273 • eine Zustimmung oder Stellungnahme entsprechender Vertreter*innen zur Beschlussvorlage
 - 1274 nach der jeweiligen Zuständigkeitsordnung erfolgen muss,
 - 1275 • im Vorfeld eine Information an die im unmittelbaren Umfeld befindlichen Anwohner*innen mit
 - 1276 einer Möglichkeit zur Stellungnahme stattfinden muss.

1277

1278

1279

1280

1281 **3.7**

1282 **Antragsstelle: Jusos**

1283 **Thema: Aufklärungskampagne Müll -**

1284 **MÜLL, VERSCHWINDE AUS UNSEREM VEEDEL!**

1285

1286 Aufgrund der zunehmenden Verschmutzung der Wohnräume und öffentlichen Plätze innerhalb
1287 verschiedener Veedel, zum Beispiel im Stadtbezirk Kalk, fordern wir eine Aufklärungskampagne
1288 zum Thema Abfall- und Müllentsorgung von der Stadt Köln. Die Aufklärungskampagne soll in
1289 Kooperation mit der AWB durchgeführt werden. Zielgruppe soll die ansässige Bevölkerung sein.
1290 Hierzu sollen Veranstaltungen zum Beispiel an örtlichen Schulen, Kindertagesstätten,
1291 Jugendzentren und anderen Orten des öffentlichen Lebens stattfinden. Ziel dieser Kampagne soll
1292 eine umfassende Aufklärung zum Thema Abfall- und Müllentsorgung sein. Sie soll die Notwendigkeit
1293 von Mülltrennung und regelgerechter Abfallentsorgung sowie die Vorteile eines sauberen Veedels
1294 kommunizieren.

1295 **3.8**

1296 **Antragsstelle: Jusos**

1297 **Thema: DIE STADT GEHÖRT UNS ALLEN – GEGEN DEFENSIVE**
1298 **ARCHITEKTUR UND FÜR EIN DIVERSES STADTBILD**

1299

1300 Jede*r kennt sie – unterteilte Bänke oder Bänke mit Löchern, Metallstifte unter Brücken,
1301 elektronische Überwachungstechniken oder auch „Skaterschutz“ aus Metall oder Hartgummi. Doch
1302 wozu dienen diese Maßnahmen?

1303 Als Teil der so genannten defensiven Architektur zielen sie darauf ab, bestimmte Personengruppen
1304 von öffentlichen Räumen fernzuhalten und aus diesen auszugrenzen.

1305 Auch in Köln sind viele dieser Maßnahmen aufzufinden. Seien es die extra schmalen Bänke an der
1306 Severinstraße, die Scheinwerfer am Aachener Weiher oder auch die vor ein paar Monaten
1307 angebrachte Eisenstange auf dem Mäuerchen (Universität zu Köln). Gefordert werden sie unter
1308 anderem von aufgebrachten Haus- und Grundbesitzer*innen und Geschäftsleuten in
1309 Bürgerinitiativen zum Schutz der Kölner Innenstadt mit Unterstützung von Bundestags-
1310 kandidat*innen von den Freien Wählern im September vergangenen Jahres.

1311 Die Idee, die dahintersteckt? Durch eine neoliberale Stadtentwicklungspolitik werden öffentliche
1312 Räume ausgehend von den Interessen gewinnorientierter Unternehmen und sozioökonomisch
1313 privilegierter Bewohner*innen kommerzialisiert und kommodifiziert. Das Motiv hinter dieser auf
1314 öffentliche Ordnung und Sicherheit ausgerichteten Stadt- und Raumplanung ist ein von der
1315 privilegierten "Mehrheitsgesellschaft" wahrgenommener Zuwachs an Kriminalität in Städten, welcher
1316 ihrem Empfinden nach von den Marginalisierten und insbesondere Obdachlosen ausgeht.
1317 Demzufolge müsse die Präsenz der Randgruppen mit vermeintlich kriminellem Verhalten zum
1318 Schutze der "Mehrheitsgesellschaft" verringert werden.

1319 Doch dieser empfundene Zuwachs an Kriminalität in öffentlichen Räumen kann durch polizeiliche
1320 Statistiken nicht belegt werden, ganz im Gegenteil ist die Gesamtzahl an Straftaten in Deutschland
1321 seit Jahren rückläufig und wenn jemand von Gewalt betroffen ist, sind das in vielen Fällen
1322 Obdachlose und ausgegrenzte Menschen selbst. Sieht man sich jedoch genauer an, wen die
1323 Auswirkungen defensiver Architektur am stärksten betreffen - nämlich alle vulnerablen Gruppen,
1324 also z.B. auch ältere und behinderte Menschen, die genauso auf Plätze zum Ausruhen und
1325 Verweilen im öffentlichen Raum angewiesen sind - wird deutlich, dass hier vielmehr die
1326 Gesamtgesellschaft unter den Interessen Einzelner leidet.

1327 Gerade auf Obdachlose haben diese Maßnahmen einen großen psychologischen und physischen
1328 Effekt. Sie erschweren die ohnehin schwierigen Lebensumstände von Obdachlosen Personen durch
1329 zusätzliche Stigmatisierung sowie Gefühle wie Scham und Ausgegrenzt-Sein, aber sorgen auch
1330 dafür, dass diese in immer schwieriger bewohnbare, unkomfortable Ecken der Stadt ziehen müssen,
1331 die ihren Zugang zu Hygiene, Privatsphäre und einem Schlafplatz immer weiter erschweren. Unser
1332 Ziel sollte es sein, die Obdachlosigkeit zu bekämpfen und nicht die Obdachlosen.

1333 Auch für Jugendliche sind die öffentlichen Räume oftmals erster Anlaufpunkt zum Verweilen. Gerade
1334 sozioökonomisch benachteiligte Jugendliche sind die, die am meisten auf freien und zugänglichen
1335 öffentlichen Raum angewiesen sind. In Zeiten der Corona-Pandemie wird dieses Bedürfnis
1336 zusätzlich verstärkt. Es müssen daher eher mehr Räume für Jugendliche geschaffen und nicht
1337 Räume zerstört werden! Indem man unerwünschte Bürger*innen von den öffentlichen Räumen
1338 fernhält, unterstützt man lediglich die städtische Segregation, verschiebt die Problematik und sorgt
1339 für eine oberflächliche Homogenisierung des Stadtbildes durch die Verdrängung von Armut,
1340 sozialem Verfall und öffentlicher Unordnung.

1341 Dies gefährdet jedoch das Wesen der Vielfalt im städtischen Umfeld und stellt in Frage, ob der
1342 öffentliche Raum wirklich frei und demokratisch ist. Gerade die Bedürfnisse der an den Rand
1343 gedrängten Menschen in unserer Gesellschaft müssen bei der Stadtplanung eingehend
1344 berücksichtigt werden. Der öffentliche Raum wird entsprechend einer imaginierten, idealisierten
1345 "Öffentlichkeit" gestaltet, die Angst vor Kriminalität hat, Obdachlosigkeit als unangenehm empfindet,
1346 sich durch Betteln bedroht fühlt usw.

1347 Es müssen nachhaltige Lösungen für zugrundeliegende soziale Probleme gefunden werden, die
1348 nicht nur Symptome bekämpfen. Diese müssen im Sinne der Stadtgemeinschaft konstruktiv gelöst
1349 werden, z. B. durch bessere Unterbringungs- und Hygienemöglichkeiten sowie ein Minimum an
1350 niedrigschwelliger und leicht zugänglicher gesundheitlicher Versorgung für Obdachlose. Positive
1351 Entwicklungen im Raum Köln sind beispielsweise die mobilen Tiny Houses von "Little Home e.V."
1352 und die Wohnungslosenhilfe "Housing First", die seit 2020 acht Menschen in ein festes
1353 Mietverhältnis gebracht hat.

1354 Das subjektive Gefühl von Unsicherheit und Unbehagen darf also auf keinen Fall der geltende
1355 Maßstab für politisches Handeln sein, sondern das für alle Menschen geltende Recht auf körperliche
1356 und psychische Unversehrtheit sowie das Recht aller Menschen auf die Nutzung öffentlicher Räume.
1357 Außerdem müssen wir uns als sozialistische Gemeinschaft jeglichen Entwicklungen der neoliberalen
1358 Stadt- und Raumplanung entgegenstellen, die die Vorstellungen einzelner Privilegierter von einem
1359 vermeintlich entkriminalisierten und ansprechenden Stadtbild über die Menschenwürde
1360 marginalisierter Gruppen stellt.

1361

1362 Die Stadt gehört uns allen - es darf nicht zu einer "klassenbasierten Raumordnung" im öffentlichen
1363 Raum kommen und daher fordern wir:

- 1364
- 1365 • Das Verbot des Einsatzes von defensiver Architektur und ihren Maßnahmen durch die Stadt
1366 Köln, städtische Unternehmen sowie im öffentlichen Raum, sofern dieser im städtischen
1367 Eigentum ist,
 - 1368 • die Positionierung des Rats gegen den Einsatz defensiver Architektur und ihren Maßnahmen
1369 durch Private,
 - 1370 • bei neuen Bauprojekten dürfen keine abgeschotteten Viertel entstehen und es muss allen
1371 Menschen der Aufenthalt erlaubt sein.

1372 **5 Wohnen**

1373

1374 **5.4**

1375 **Antragsstelle: Jusos**

1376 **Thema: Junges Wohnen –**

1377 **MARMOR, STEIN UND EISEN BRICHT, ABER UNSERE**
1378 **MIETE NICHT. FÜR MEHR BEZAHLBAREN WOHNRAUM**
1379 **FÜR JUNGE**

1380

1381 Die Jusos Köln fordern, dass mehr bezahlbarer Wohnraum für Studierende und Azubis geschaffen
1382 wird. In Köln, in NRW und überall in Deutschland.

1383 Junge Menschen in Ausbildung sind in erheblichem Maße von fehlendem Wohnraum,
1384 steigenden Mietpreisen und Fehlentwicklungen auf dem Wohnungsmarkt betroffen. Die Situation ist
1385 in einigen Städten inzwischen so verheerend, dass sich Jugendliche aus Familien mit geringen
1386 Einkommen gegen ein Studium oder eine Ausbildung in ihrer Wunschstadt entscheiden. Um
1387 bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, ist ein ganzes Bündel an Maßnahmen nötig.

1388 Wir fordern, dass die Kommunen und Städte in NRW das Heft des Handelns übernehmen und die
1389 Schaffung von Wohnraum für Studierende und Auszubildende nicht den freien Marktkräften
1390 überlassen. Trotz des eklatanten Flächenmangels, besonders in den Großstädten, müssen die
1391 Städte aktiv werden und Vorkaufsrechte nutzen. Wenn nötig, sind Enteignungen zu prüfen.
1392 Wohnheime müssen im universitären Umfeld oder für Azubis in direkter Nähe zu Ausbildungs- und
1393 Arbeitsstätten entstehen.

1394 Besonders die Universitätsstädte in NRW sollten sich klar gegen Service-Living-Apartments
1395 positionieren. Diese radikalen Auswüchse des Marktes, die nur noch von jungen Menschen mit
1396 hohem Einkommen oder aus reichem Elternhaus bezahlbar sind, treiben Gentrifizierungsprozesse
1397 voran und ermöglichen uni- und ausbildungsnahes Wohnen nur noch für die Elite.

1398 Die Kommunen und Städte in NRW sollen Anlaufstellen für Beratung zum Thema Wohnen für
1399 Studierende und Azubis schaffen, um unabhängig über verschiedene Wohnangebote und
1400 Förderungsmöglichkeiten zu beraten. Dabei sind auch Angebote nach § 13. Abs. 3 SGB VIII, besser
1401 bekannt als Jugendwohnen, zu bedenken. Diese werden vom Staat gefördert, sind aber zeitgleich
1402 vielen jungen Menschen kein Begriff. Ein Marketing für diese Angebote kann junge Menschen
1403 motivieren für ihre Wunschausbildung an einen neuen Ort zu ziehen und somit freie Lehrstellen zu
1404 besetzen.

1405 Auch junge Menschen in schulischer Berufsausbildung haben ein Recht darauf, ihren Wohnort selbst
1406 zu bestimmen. Aktuell entfällt bei einer solchen Ausbildung der Anspruch, sobald sich eine
1407 entsprechende Schule in zumutbarer Umgebung des Elternhauses befindet. Um bei bereits
1408 volljährigen Menschen nicht weniger freie Entscheidungen als Studierenden oder betrieblichen
1409 Auszubildenden zu gewähren, soll BAFöG unabhängig vom Elternhaus gewährt werden.

1410 Deswegen fordern wir:

- 1411 • Vorkaufsrechte zum Bau von Wohnheimen nutzen
- 1412 • mehr Marketing für Wohnheime
- 1413 • Beratungsstelle für studentisches & Azubi-Wohnen
- 1414 • BAFöG für junge Erwachsene muss unabhängig vom Wohnort der Eltern sein

1415 **5.5**

1416 **Antragsstelle: Jusos**

1417 **Thema: BEZAHLBARES WOHNEN - IN DER INNENSTADT UND IN**
1418 **DEN AUSSENBEZIRKEN**

1419

1420 Bauarbeiter*innen, können wir das schaffen? Jo, wir schaffen das!

1421 Bauen, bauen, bauen lautet die viel geforderte Formel für mehr Wohnungsangebot und gegen
1422 steigende Mieten. Hört sich schön an, bringt aber nichts, wenn Neubau bedeutet, dass das nächste
1423 Luxusquartier entsteht, in das sich die Reichen und Geföhnten der Gesellschaft zurückziehen
1424 können. Wohnraum in den Städten fehlt vor allem für einkommensschwache Kölner*innen, darunter
1425 besonders auch junge Menschen wie Schüler*innen, Studierende oder Auszubildende.

1426

1427 Rund jede*r Zweite in unserer Stadt hat Anspruch auf eine Sozialwohnung. Aber noch nicht einmal
1428 7 Prozent unserer Wohnungen sind Sozialwohnungen, d.h. öffentlich gefördert und dadurch
1429 besonders günstig. Und es werden jedes Jahr weniger, da mehr Wohnungen aus der
1430 Mietpreisbindung fallen als neue geförderte Wohnungen gebaut werden. Die soziale Frage spitzt
1431 sich zu.

1432

1433 Deshalb fordern wir, dass beim Neubau in Köln besonderer Wert auf die Schaffung öffentlich
1434 geförderter Wohnungen gelegt wird. Bei der gravierend sinkenden Zahl der Sozialwohnungen in
1435 Deutschland reichen 30% Sozialwohnungen bei Neubauprojekten nicht aus. Deshalb fordern wir
1436 mindestens 50% Sozialwohnungsquote für jedes Neubauprojekt. Egal ob in Mülheim, Porz oder
1437 Rodenkirchen. Kölner*innen benötigen gebaute Realität, damit sie dort einziehen, wohnen und leben
1438 können.

1439

1440 Wir fordern, dass folgende Maßnahmen zur Steigerung des sozialen Wohnungsbaus ergriffen
1441 werden:

- 1442 • Ausbau des kooperativen Baulandmodells auf 50% geförderte Wohnungen
- 1443 • Beschleunigung von Bebauungsplan- und Baugenehmigungsverfahren
- 1444 • Stärkung der Wohnungsbauleitstelle
- 1445 • Anwendung von Baugeboten für mindergenutzte Flächen
- 1446 • Gründung und finanzielle Ausstattung einer zweiten Wohnungsbaugesellschaft
1447 neben GAG und modernestadt

1448

1449

1450 Wem gehört die Stadt? Köln-Kalk-Verbot für Immobilienhaie!

1451 Selbst den größten Fans des Neoliberalismus (außer den Julis) dürfte inzwischen klar sein, dass
1452 das Konzept des steuernden Marktes im Immobiliensektor gescheitert ist. Der massenhafte Verkauf
1453 kommunaler Wohnungen hat zur aktuell prekären Situation in den Städten geführt: Steigende
1454 Mieten, Gentrifizierung und Verdrängung und eine Stadt für Gutverdienende. Deshalb muss nicht
1455 nur die Sozialwohnungsquote steigen, sondern auch die Besitzverhältnisse im Gesamten müssen
1456 hinterfragt werden. Sind Bindungsfristen für sozialen Wohnraum noch zeitgemäß? Ist der Staat nicht
1457 sogar verpflichtet, aufgrund der aktuellen Wohnungskrise in den Markt einzugreifen und, wenn nötig,
1458 zu vergesellschaften?

1459

1460 Wir fordern, dass folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- 1461 • Klares Bekenntnis zur Stadt für Alle
- 1462 • Prüfung der Abschaffung von Bindungsfristen im sozialen Wohnungsbau
- 1463 • Stadt Köln muss ihren Beschluss endlich umsetzen & darf städtische Flächen nur noch per
- 1464 Erbpacht vergeben und nicht mehr verkaufen!
- 1465 • Stadt Köln muss konsequent ihre Vorkaufsrechte nutzen und Grundstücke an GAG oder
- 1466 gemeinnützige weiterverpachten, z.B. Genossenschaften
- 1467 • Nach Berliner Vorbild soll die Stadt Köln ihr Vorkaufsrecht auch für Immobilien nutzen, denen
- 1468 der Verkauf an große, profitorientierte Immobilienkonzerne droht.
- 1469 • Zur Finanzierung muss die Stadt einen Bodenfonds einrichten und mit den nötigen Mitteln
- 1470 ausstatten
- 1471

1472 Das große Ziel ist ein gemeinwohlorientierter Wohnungsmarkt aus gemeinnützigen
1473 Eigentümer*innen und Vermieter*innen, der von Genossenschaften, sozialen Bestandshalter*innen
1474 und kommunalen Gesellschaften dominiert wird. Alle anderen Marktteilnehmenden profitieren vom
1475 Mietestopp, von der Entbürokratisierung und dem staatlichen Einfluss.

1476 Was lange währt, wird endlich gut. Der Bestands-Wohnungsbau hoffentlich auch.

1477 Der Bestand an Wohnungen ist das große Pfund in unserer Stadt. 564.776 Haushalte gibt es 2020
1478 in unserem Stadtgebiet. 2016 bis 2020 wurden in Köln rund 12.000 Wohnungen fertiggestellt, davon
1479 rund 90% bzw. 10.800 Wohnungen wirklich neu geschaffen (sonst Abriss – Neubau). Im
1480 Durchschnitt sind das 2.160 Wohnungen im Jahr. Das ist erstens viel zu wenig und zeigt zweitens,
1481 wie wichtig der Schutz von Mieter*innen in bestehenden Wohnungen ist! Der Bestand ist der
1482 wichtigste Angriffspunkt, um die Stadt auch weiterhin als Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten
1483 zu erhalten.

1484 Gentrifizierung und Mieterhöhungen prägen unseren Alltag. Bei jeder Suche auf immoscout und Co
1485 stellen sich die Nackenhaare auf, weil die Preise wieder gestiegen und schon lange nicht mehr
1486 bezahlbar sind. Die bezahlbaren Bestandsmieten zu erhalten und Sanierung aus reiner Profitgier zu
1487 verhindern, dafür stehen wir ein.

1488

1489 Wir fordern, dass folgende Maßnahmen ergriffen werden:

- 1490 • Ausweitung der Sozialen Erhaltungssatzung (sog. Milieuschutzsatzungen), besonders in
- 1491 Städten wie Köln
- 1492 • Ausweitung der Förderkonditionen und Finanzmittel auf Landesebene, so dass Kommunen
- 1493 in die Lage versetzt werden, bei bestehenden Wohnungen Bindungen anzukaufen und im
- 1494 Bestand bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.
- 1495 • Auf Landesebene weiterhin die schwarz-gelbe Landesregierung unter Druck setzen,
- 1496 sinnvolle Maßnahmen aus dem Baulandmobilisierungsgesetz wiesektorale Bebauungspläne
- 1497 oder Vorkaufsrechte, Baugebote und vieles mehr zu nutzen. Wir fordern, dass die
- 1498 Landesregierung ihren Job macht und Menschen eine Wohnung ermöglicht, anstatt in der
- 1499 Wohnungswirtschaft Gelder für den Wahlkampf einzusammeln.
- 1500

1501

1502 **5.6**

1503 **Antragsstelle: Jusos**

1504

1505 **Thema: DAS IST MEINE WOHNUNG UND DAS BLEIBT AUCH SO!**

1506

1507 Wir fordern einen Stopp der Genehmigungen zur Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen
1508 in Köln für 5 Jahre. Nach 2,5 Jahren soll die Maßnahme evaluiert werden. Sie kann ggf. verlängert
1509 oder beendet werden, je nachdem, wie die Auswirkungen auf dem Mietenmarkt ausfallen sollten.

1510

1511

1512

1513

1514 **5.7**

1515 **Antragsstelle: Jusos**

1516

1517 **Thema: JUSTIZZENTRUM AN STUDIERENDENWERK**
1518 **WEITERGEBEN UND ZU WOHNHEIM UMBAUEN!**
1519 **WG-PARTYS MIT DOMBLICK STATT TEURE**
1520 **LUXUSAPPARTEMENTS**

1521

1522 Die Jusos Köln sprechen sich für die Umgestaltung des Justizgebäudes an der Luxemburger Straße
1523 zu einem Studierendenwohnheim mit bezahlbaren Mieten aus. Da das Justizzentrum bereits in
1524 öffentlicher Hand ist und dem Land NRW gehört, muss die Stadt sich dafür einsetzen, dass das
1525 Gebäude an das gemeinnützige Kölner Studierendenwerk verkauft wird und nicht meistbietend an
1526 eine*n private*n Investor*in. Alternativ könnte die Stadt das Gebäude selbst kaufen, wenn nötig über
1527 ihr Vorkaufsrecht, und es dann ans Studierendenwerk weiterverkaufen oder verpachten.

1528 Die Stadt Köln und das Land NRW sollen dabei eng mit dem KStW zusammenarbeiten und es bei
1529 der Umwandlung des Hochhauses unterstützen. Stadt und Land sollen - etwa durch eine
1530 Machbarkeitsstudie - prüfen, ob eine Umwandlung des Justizzentrums in ein Studierenden-
1531 wohnheim des KSTW mit voraussichtlich hunderten neuen Wohnheimplätzen möglich ist oder ob
1532 eher ein Neubau in Frage kommt. Dies soll die Position des KStW stärken, damit neuer bezahlbarer
1533 Wohnraum an der Luxemburger Straße im Zentrum Kölns für Studierende geschaffen werden kann.
1534 Zusätzlich zu einem Studierendenwohnheim können hier nach dem "HousingFirst"-Ansatz auch
1535 dauerhafte Wohnmöglichkeiten für obdachlose Menschen entstehen.

1536

1537 Es darf hier nicht wieder, wie bereits bei der ehemaligen Arbeitsagentur, die an eine*n private*n
1538 Investor*in verkauft wurde und bis heute leer steht, eine Chance für bezahlbaren Wohnraum
1539 verpasst werden. Die Jusos Köln fordern ein entschlossenes Handeln der Politik, um dort ein
1540 Wohnheim des Kölner Studierendenwerks zu ermöglichen! Es muss sichergestellt werden, dass die
1541 Möglichkeiten im Interesse der Studierenden genutzt werden und die Kölner Politik nicht wieder
1542 einen Schritt zu langsam ist.

1543

1544 **7 Gesundheit**

1545

1546 **7.4**

1547 **Antragsstelle: Jusos**

1548 **Thema: Hausärztliche Versorgung - SUCHEN BIS DER ARZT**
1549 **KOMMT!**

1550

1551 Wir fordern eine Verbesserung der hausärztlichen Versorgung, insbesondere für neu zugezogene
1552 Personen, indem die Einwohnermeldeämter jeder neu angemeldeten Person eine*n Hausarzt*in mit
1553 Behandlungskapazitäten in Wohnortnähe vorschlagen.

1554 Hierfür soll ein Datenaustausch zwischen Krankenkassen, kassenärztlicher Vereinigung und
1555 Kommunen ermöglicht werden. Es besteht für die Bürger*innen keinerlei Zwang, dem Vorschlag der
1556 Behörde zu folgen. Wird der Vorschlag angenommen, sollen die Einwohnermeldeämter die
1557 personenbezogenen Daten an die Ärzt*innen übermitteln dürfen, sodass eine Aufnahme in die Kartei
1558 erfolgt und ein Behandlungsplatz garantiert wird.

1559

1560

1561 **8 Nachhaltigkeit**

1562

1563 **8.2**

1564 **Antragsstelle: Jusos**

1565 **Thema : TIERE IM ESSEN -VERBRAUCHER:INNENSCHUTZ**
1566 **STÄRKEN**

1567

1568 Immer mehr Menschen in Deutschland ernähren sich vegetarisch oder vegan. Darüber hinaus gibt
1569 es viele Menschen, die wegen religiöser oder anderer weltanschaulicher Gründe bestimmte
1570 Tierarten nicht essen. Bei vielen Lebensmitteln ist jedoch nicht klar erkennbar, ob sie tierische
1571 Bestandteile oder Erzeugnisse enthalten.

1572 Einerseits können einige Inhaltsstoffe sowohl pflanzlichen als auch tierischen Ursprungs sein.
1573 Andererseits werden bei vielen auf den ersten Blick vegetarischen bzw. veganen Produkten Stoffe
1574 tierischen Ursprungs als Verarbeitungshilfen bei der Herstellung eingesetzt. Aufgrund der aktuellen
1575 Rechtslage muss beides allerdings nicht auf der Verpackung der entsprechenden Lebensmittel
1576 deklariert werden, weshalb der tierische Ursprung häufig nicht klar zu erkennen ist.

1577 Dies führt dazu, dass Verbraucher:innen allein gelassen werden. Sie sind auf die Labels
1578 verschiedener Initiativen, auf aufwändige Recherchen und freiwillige Informationen der
1579 Hersteller:innen angewiesen. Diese Hersteller:innen sollen daher zu Transparenz darüber
1580 verpflichtet werden, was in ihren Produkten steckt und Verbraucher:innen muss es einfacher
1581 gemacht werden, sich über den Inhalt der Lebensmittel zu informieren und ihre bevorzugte
1582 Ernährungsform umzusetzen.

1583 Deshalb fordern wir verpflichtend für die Verpackungen von jeglichen Lebensmitteln:

1584

- 1585 • Die Kennzeichnung aller Inhaltsstoffe und Zutaten tierischen Ursprungs im
1586 Zutatenverzeichnis,
- 1587 • die Auflistung aller Hilfs- und Verarbeitungsstoffe, die bei der Produktion eingesetzt wurden,
- 1588 • die Aufschlüsselungen in Tierbestandteile (aus toten Tieren gewonnen, d.h. weder
1589 vegetarisch noch vegan) und Tiererzeugnisse (von lebenden Tieren erzeugt, d.h.
1590 vegetarisch),
- 1591 • die klare Benennung der Tierart, von oder aus der die jeweiligen Inhaltsstoffe und Zutaten
1592 gewonnen wurden.
- 1593 • die Einführung von Piktogrammen um auch Menschen mit sprachlichen Barrieren zu
1594 inkludieren

1595

1596 10 Innen / Recht

1597

1598 10.6

1599 **Antragsstelle: OV Poll, Ensen und Westhoven**

1600 **Thema: Reform für die Integration von Geflüchteten schaffen**

1601

1602 Aktuell erleben wir, dass seit Beginn des Angriffs Russlands auf die Ukraine eine hohe Anzahl von
1603 **Geflüchteten** in die EU und nach Deutschland strömt. Um den Aufenthaltsstatus dieser Menschen
1604 abzusichern, wurde hierzu auf europäischer Ebene die sogenannte Massenzustrom-Richtlinie
1605 aktiviert. Alle ukrainischen **Geflüchteten** erhalten nach Registrierung in Deutschland sofort einen
1606 Aufenthaltstitel und somit auch eine Arbeitserlaubnis.

1607 Aktuell erleben wir einen positiven Wandel in dem Umgang mit Geflüchteten, den wir sehr begrüßen,
1608 nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Doch die neue Humanität gilt nicht für alle. Im
1609 Entwurf der Kommission war ursprünglich vorgesehen, die unbürokratische Aufnahme für alle
1610 Menschen gelten zu lassen, die aus der Ukraine kommen. Doch für Angehörige aus Drittstaaten, die
1611 bei Ausbruch des Krieges in der Ukraine lebten, gilt dies nicht. Ebenso wenig wie für alle anderen
1612 Geflüchteten, die nicht aus der Ukraine einreisen. Vergessen sind auch die anderen Kriege der Welt,
1613 vor denen Menschen flüchten, genauso wie vor Hunger oder den Auswirkungen des Klimawandels.
1614 Geflüchtete 2. Klasse darf es nicht geben!

1615 Wir fordern die Bundestagsfraktion der SPD auf, die im Zukunftspapier 2021 beschriebenen
1616 Maßnahmen zur direkten Integration kurzfristig in eine Gesetzesvorlage umzusetzen, sowie die
1617 beschriebenen Maßnahmen zu erweitern.

1618 - **Alle** Menschen, die neu zu uns kommen, sollen unmittelbar und ungeachtet ihrer
1619 Staatsangehörigkeit und ihres Ursprungslandes von Anfang an die gleichen Rechte erhalten.
1620 Daher bitten wir die Bundestagsfraktion um schnelle Umsetzung der Forderung aus dem
1621 Zukunftsprogramm in geltende Rechtslage. Dort heißt es: *„Jeder, der bei uns lebt, soll das
1622 Recht haben, für seinen Lebensunterhalt zu sorgen. Arbeitsverbote werden wir daher
1623 abschaffen.“*

1624
1625 - Weiterhin sollen alle Menschen, die neu zu uns kommen, unmittelbar und ungeachtet ihrer
1626 Staatsangehörigkeit und ihres Aufenthaltsstatus Anspruch auf Integrations- und
1627 Teilungsangebote haben. Sie stärken das Miteinander und den Integrationserfolg.
1628 Dergleichen müssen Kinder und Jugendliche direkt die Möglichkeit erhalten, eine Kita oder
1629 Schule zu besuchen.

1630
1631 - Gut integrierte Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus sollen ein dauerhaftes
1632 Bleiberecht erhalten.

1633
1634 - Die Fraktion setzt sich dafür ein, dies auch auf europäischer Ebene umzusetzen. Die neue
1635 Solidarität innerhalb der EU und der Bündnispartner gilt es hierfür zu nutzen.

1636
1637 - Wir bitten die Ratsfraktion, sich gegenüber der Ausländerbehörde dafür einzusetzen, ihre
1638 Ermessensspielräume bei der Erteilung einer Beschäftigungserlaubnis großzügig im Sinne
1639 der Asylsuchenden und Geduldeten zu nutzen und auf Beschäftigungsverbote zu verzichten.
1640

- 1641 - Die aktuelle Hilfsbereitschaft zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen, durch
1642 Privatpersonen und Initiativen, gilt es zu fördern und auszubauen. Es sollen Patenmodelle
1643 zur Integration von Flüchtlingen geschaffen und ausgeweitet werden.
- 1644
- 1645 - Alle Flüchtlinge sollen nach ihrer Erstregistrierung nicht in Erstaufnahmeeinrichtungen
1646 untergebracht werden, sondern nach Möglichkeit in geeignetem Wohnraum. Grundsätzlich
1647 müssen adäquate Mindeststandards für die Unterbringung von Flüchtlingen geschaffen
1648 werden, die für alle Bundesländer gleichermaßen gelten. In Aufnahmegesetzen einzelner
1649 Bundesländer lediglich von einem "menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen" oder
1650 beziehungsweise einem "menschenwürdigen Aufenthalt ohne gesundheitliche
1651 Beeinträchtigung" zu reden, ist nicht ausreichend.
- 1652
- 1653 - Die Verteilung der Asylbewerber nach dem Königssteiner Schlüssel ist zu überdenken.
1654 Sinnvoll ist die Verteilung nach Kapazität und Aufnahmewillen der einzelnen Kommune. Wir
1655 unterstützen deshalb ausdrücklich den Antrag 10.3 des OV Ehrenfeld, das die Bundesländer
1656 ohne Zustimmung des Innenministeriums Fliehende aufnehmen und auf die Kommunen, die
1657 sich zu „sicheren Häfen“ erklärt haben, verteilen können.
- 1658

1659 **10.7**

1660 **Antragsteller: OV Niehl**

1661 **Thema: Familienrecht –**

1662 **Sorgerecht und Unterhalt bei nichtehelichen**
1663 **Elternpaaren)**

1664

1665 Im Familienrecht besteht nach wie vor eine Ungleichbehandlung von nicht miteinander verheirateten
1666 Elternpaaren gegenüber solchen, die miteinander verheiratet sind.

1667 1. Wir beantragen daher, zu regeln, dass eine Gleichstellung nichtehelicher Eltern mit ehelichen
1668 Eltern im Hinblick auf einen Betreuungsunterhalt zur Absicherung des betreuenden Elternteils erfolgt
1669 durch Einführung einer Regelung, wonach der betreuende nicht verheiratete Elternteil gegenüber
1670 dem nicht betreuenden Elternteil einen Unterhaltsanspruch, der sich nach den
1671 Einkommensverhältnissen beider Partner richtet, hat.

1672 **Begründung:**

1673 Grundsätzlich hat zwar der nichtverheiratete Elternteil, der das unter dreijährige Kind betreut, einen
1674 Unterhaltsanspruch dem nicht betreuenden Elternteil gegenüber. Anders ist jedoch die Berechnung
1675 des Unterhaltsanspruchs. Bei verheirateten Paaren wird bei der Berechnung das Einkommen des
1676 nicht betreuenden Elternteils bei der Berechnung zugrunde gelegt. Bei nicht verheirateten Paaren
1677 wird nur das vor der Betreuungszeit erzielte Einkommen des betreuenden Elternteils zugrunde
1678 gelegt. Dies hat häufig wirtschaftliche Schräglagen zur Folge, wenn der nicht betreuende Elternteil
1679 deutlich mehr verdient als der betreuende Elternteil. Aufgrund der Einkommensungleichheit
1680 zwischen Männern und Frauen und der gesellschaftlichen Realität bei der Erziehungsarbeit,
1681 insbesondere in den ersten drei Lebensjahren, sind Frauen davon überwiegend betroffen. Auch in
1682 einer nicht ehelichen Lebensgemeinschaft wird häufig die Entscheidung getroffen, dass der
1683 besserverdienende Elternteil weiterarbeitet und der andere Elternteil das Kind betreut.

1684 Zudem wird dadurch die Erziehungsarbeit von nichtehelichen Eltern gegenüber ehelichen Eltern
1685 ungleich behandelt.

1686 2. Außerdem soll geregelt werden, dass bei Geburt des Kindes beide Eltern das Sorgerecht haben,
1687 wenn die Vaterschaft anerkannt wird vom Vater und biologisch nachgewiesen ist bei Bestreiten.

1688 **Begründung:**

1689 Nach der derzeitigen Gesetzeslage muss der Kindesvater, wenn die Kindesmutter dem Sorgerecht
1690 nicht zustimmt beim Jugendamt, das Sorgerecht gerichtlich beantragen. Oftmals entstehen hier
1691 lange Streitige Verfahren, in denen die Kindesmütter lediglich mangelnde Kommunikation
1692 einwenden. In den meisten Fällen wird den Vätern zwar das Sorgerecht zugesprochen, allerdings
1693 entspricht es nicht der europäischen Praxis, dass hier zuvor ein gerichtliches Verfahren nötig ist.

1694 3. Es ist ferner zu regeln, dass der Kindesunterhalt auch im Falle eines Wechselmodells nach den
1695 Einkommensverhältnissen der Elternteile quotal berechnet wird. Ein Verzicht auf Zahlung des
1696 Kindesunterhalts im Einvernehmen der Eltern ist nicht zulässig. Es muss klargelegt werden, dass
1697 das Kind den Unterhaltsanspruch gegen jeden Elternteil im Rahmen der Einkommensverhältnisse
1698 hat.

1699 **Begründung:**

1700 Es herrscht der häufige Rechtsirrtum, dass bei der Praxis des Wechselmodells, also das Kind lebt
1701 abwechselnd die gleiche Zeit bei jedem Elternteil in dessen Haushalt, kein Kindesunterhalt mehr zu

1702 zahlen ist. Dies ist falsch. Es besteht die jahrelange Gerichtspraxis und Rechtsprechung der OLGs
1703 und des BGH, dass im Falle des Wechselmodells der Barkindesunterhalt gegen jeden Elternteil nach
1704 seinen Einkommensverhältnissen entsprechend der Düsseldorfer Tabelle besteht. Die Eltern haben
1705 nach einer zu ermittelnden Quote Kindesunterhalt zu leisten. Dies dient der Schaffung einheitlicher
1706 Lebensverhältnisse des Kindes bei beiden Elternteilen im Falle der Trennung. Ansonsten passiert
1707 es, dass das Kind beim einkommensschwachen Elternteil in wesentlich schlechteren Verhältnissen
1708 lebt. Zudem wird oft das Wechselmodell aus den Gründen angestrebt, die Kindesunterhaltszahlung
1709 an den betreuenden Elternteil einsparen zu können.

1710

1711

1712 **11 Außenpolitik / Sicherheitspolitik**

1713

1714 **11.2**

1715 **Antragsstelle: EuropaForum**

1716

1717 **Thema: Europäische Resilienz, zivilgesellschaftlicher**
1718 **Dialog und Wege zu einer neuen Friedensordnung**

1719 Der Unterbezirksparteitag der KölnSPD möge beschließen,

1720 den Diskussionsbeitrag „*Europäische Resilienz, zivilgesellschaftlicher Dialog und Wege zu einer*
1721 *neuen Friedensordnung*“ des Europaforums der KölnSPD zur Kenntnisnahme, weiteren Befassung
1722 und Diskussion weiterzuleiten an:

- 1723 - die Ortsvereine der KölnSPD,
1724 - den Landesvorstand der NRWSPD und seine thematisch betroffenen Arbeitskreise und
1725 Foren,
1726 - den SPD-Bundesvorstand und seine thematisch betroffenen Arbeitskreise, Kommissionen
1727 und Ausschüsse.
1728

1729 Der brutale Angriffskrieg der russischen Regierung gegen die Ukraine hat fundamentale
1730 Gewissheiten infrage gestellt. Vor dem Hintergrund der aktuellen Eindrücke wollen wir mit diesem
1731 Diskussionsbeitrag

- 1732 - grundlegende Fragen aufzeigen, die sich aus der neuen Weltlage („Zeitenwende“) ergeben,
1733 - Denkanstöße geben, damit diese Fragen mit der gebotenen Tiefe in unserer Partei und
1734 darüber hinaus diskutiert werden,
1735 - uns unserer Grundwerte und Überzeugungen neu vergewissern und unsere politische Praxis
1736 im Hinblick auf diesen Wertehorizont überprüfen, und
1737 - in einigen zentralen Feldern europäischer Politik Leitlinien, Strategien und
1738 Handlungsoptionen aufzeigen.
1739

1740 Einleitung:

1741 Putins völkerrechtswidriger Angriff auf die Ukraine stürzt Millionen von Menschen in Abgründe von
1742 Tod, Verletzung, Misshandlung, Traumatisierung, Vertreibung, Hunger und Existenznot. Die Folgen
1743 reichen weit über die Ukraine hinaus.

1744 Wir verurteilen diesen Krieg aufs Schärfste. Er widerspricht den grundlegendsten Regeln des
1745 Rechts, des Anstands und des menschlichen Zusammenlebens. Mit diesem Krieg hat die russische
1746 Regierung die nach dem 2. Weltkrieg mühevoll aufgebaute internationale Ordnung verlassen, den
1747 gemeinsamen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts den Rücken zugekehrt und handelt
1748 offensichtlich in der Tradition imperialistischer Regime. Ein in weiten Teilen nationalistisch
1749 motivierter Angriffskrieg stellt nicht nur ideologisch einen Rückfall in längst für überwunden
1750 gehaltene Politik dar. Er steht auch ganz praktisch der Arbeit an den eigentlich anstehenden
1751 Aufgaben für die Weltgemeinschaft, insbesondere dem Kampf gegen die Klimakatastrophe,
1752 entgegen und verschärft globale Krisen und Ungerechtigkeiten, z.B. durch die kriegsbedingten
1753 Ausfälle von Getreide- und Nahrungsmittelexporten.

1754 Dass dies ein Irrweg ist, der sich nicht lohnen darf, muss für alle deutlich werden. Um die
1755 Herausforderungen unserer Generation bewältigen zu können, brauchen wir eine internationale
1756 Ordnung, in der sich Völkerrecht, territoriale Integrität und friedliche Koexistenz der Staaten, sowie
1757 Selbstbestimmung der Völker und Demokratie durchsetzen. Das muss unser Ziel und unser
1758 Anspruch sein, auch und gerade mit Blick auf den Krieg in der Ukraine. Wir dürfen nicht zulassen,
1759 dass das „Recht des Stärkeren“ sich gegenüber der „Stärke des Rechts“ durchsetzt.

1760 Wie sich dieses Ziel am besten erreichen lässt, und wie sich die Gefahr einer weiteren verheerenden
1761 Ausweitung des Krieges so gering wie möglich halten lässt, liegt nicht klar auf der Hand. Angesichts
1762 der Tragweite der zu treffenden Entscheidungen wäre es fahrlässig, sie zum Gegenstand
1763 parteipolitischer Erwägungen zu machen oder nach allgemeiner Stimmungslage zu entscheiden.
1764 Dies ist kein Moment für moralischen Überschwang oder kraftvolle und plakative Gesten, so sehr
1765 manche sich dies auch wünschen mögen. Wichtig ist vielmehr für jeden Schritt eine
1766 verantwortungsvolle, vom Ende her gedachte und jederzeit situationsangepasste Abwägung. Denn
1767 die Gefahr einer Eskalation durch das mit dem Rücken zur Wand stehende Putin-Regime, bis hin
1768 zum Einsatz nuklearer Waffen gilt es zu minimieren und Kettenreaktionen bis hin zur Verstrickung
1769 von NATO-Partnern gilt es zu vermeiden. Wir werben dabei für den Mut zum Fragezeichen, zur
1770 offenen Diskussion und zum besonnenen, schrittweisen Vorgehen.

1771 Der Krieg hat unsere Abhängigkeiten und Verletzlichkeiten, sowie die Fehleinschätzungen
1772 deutscher Politik in der Vergangenheit schonungslos offengelegt. Diese gilt es zu analysieren und
1773 die richtigen Schlüsse zu ziehen. **Welche Fehler hat die deutsche Politik in der Vergangenheit
1774 gemacht? Ist der Ansatz „Wandel durch Handel“ gescheitert? Wie können wir
1775 verhängnisvolle Abhängigkeiten reduzieren, ohne dabei die wirtschaftlichen Freiheiten und
1776 internationalen Verflechtungen aufzugeben, die die Grundlage unseres wirtschaftlichen
1777 Erfolges sind?** Hierauf suchen wir Antworten in einem ersten Teil dieses Antrags.

1778 Eine entscheidende Rolle kommt dabei der Europäischen Union zu. **Wie können die Staaten der
1779 Europäischen Union widerstandsfähiger gegen wirtschaftliche und militärische
1780 Bedrohungen werden, ihre Energieversorgung sowie ihre digitale Infrastruktur absichern, ihr
1781 Wirtschafts- und Sozialsystem aufrechterhalten und der Aushöhlung unserer Demokratie,
1782 der Desinformation und den Bedrohungen für einen freien, zivilgesellschaftlichen Diskurs
1783 entgegentreten?** Dies ist Gegenstand des zweiten Teils.

1784 Und schließlich: **Welche Schritte könnten helfen, um den Wiederaufbau einer dauerhaften
1785 europäischen Friedensordnung nach dem Krieg wieder möglich erscheinen zu lassen? Was
1786 muss unternommen, was sollte unterlassen werden? Wie müssen wir unser Verhältnis zu
1787 anderen Autokratien anpassen und neu gestalten? Welche Rolle soll Europa in der Welt
1788 spielen und wie kann es zum Fortschritt der Weltgemeinschaft beitragen?** Diesen Fragen
1789 widmet sich der dritte Teil.

1790

1791 **Erster Teil: Rückblick und Analyse**

1792 Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine markiert einen historischen Bruch und läutet eine
1793 Zeitenwende in der europäischen, wenn nicht gar in der Weltpolitik ein. Die geschichtliche Epoche
1794 seit dem Zusammenbruch des „real existierenden Sozialismus“, die von Marktliberalismus und
1795 Globalisierung, aber auch von Fortschritten bei der Demokratisierung und der europäischen
1796 Integration gekennzeichnet war, ist in einer existenziellen Krise. Die These vom „Ende der
1797 Geschichte“ durch den „Sieg“ des (mehr oder weniger demokratisch eingeehegten) Kapitalismus im
1798 Kalten Krieg erweist sich endgültig als Wunschtraum, der den Blick auf reale Entwicklungen in Mittel-
1799 und Osteuropa, in Russland und in Asien zu lange gefährlich vernebelt hat.

1800 Auch wir Sozialdemokrat*innen beginnen uns zu fragen, wie scharf unser Blick auf neuen
1801 Nationalismus, Geopolitik und globale Machtverschiebungen in den letzten Jahren gewesen ist. Zu

1802 Recht sind wir stolz auf unsere Tradition und auf bewährte politische Konzepte der Friedens- und
1803 Entspannungspolitik, zur Förderung der europäischen Integration und der globalen Gerechtigkeit.
1804 Damit verbundene politische Ideen und Instrumente werden wir nicht einfach über Bord werfen. Aber
1805 wir müssen sie kritisch auf ihre Tauglichkeit für die Jahre nach der „Zeitenwende“ überprüfen. Dazu
1806 gehören auch die Grundsätze „Wandel durch Handel“ bzw. „Wandel durch Annäherung“.

1807 Die Grundidee, Dialog, Interessenausgleich, sowie zivilgesellschaftliche und wirtschaftliche
1808 Verflechtungen mit Russland anzustreben („Wandel durch Annäherung“) war richtig und hat eine
1809 lange Phase des Friedens in Europa erst ermöglicht. Verflechtungen führen *in der Regel* dazu, dass
1810 beide Seiten ein Interesse an Stabilität und friedlicher Koexistenz haben. Dies hat mitgeholfen, die
1811 Gräben des Kalten Kriegs zu überwinden.

1812 „Wandel durch Handel“ hat aber einige Voraussetzungen, die in Bezug auf Russland in den letzten
1813 15 Jahren immer weniger gegeben waren. Diese Voraussetzungen müssen wir uns vor Augen
1814 führen, um die Grenzen des Konzepts „Wandel durch Handel“ besser zu verstehen:

1815 **Erstens** ist die Idee, dass fortschreitender Wohlstand durch wirtschaftliche Verflechtung auch zu
1816 einem Wunsch nach Stabilität und Frieden führt nur dort gegeben, wo breite Bevölkerungsschichten
1817 an diesem Wohlstand teilhaben und sich in die freie politische Willensbildung einbringen können. In
1818 autokratischen und kleptokratischen Systemen, in denen der Reichtum nur einer kleinen Elite zu
1819 Gute kommt, die sich damit die Macht sichert und eine freie politische Willensbildung unterdrückt,
1820 läuft „Wandel durch Handel“ leer. Dies war leider in Russland in den letzten Jahren der Fall:
1821 einerseits blieb die russische Bevölkerung weit hinter den wirtschaftlichen Entwicklungen in
1822 westlichen Staaten zurück; andererseits war es für das Regime einfach, mit Verweis auf die NATO-
1823 Osterweiterungen der 1990er und 2000er Jahre Ressentiments zu schüren und die Schuld für
1824 Missstände im Ausland zu verorten. Ein schwerer Fehler der deutschen Außenpolitik war, dass sie
1825 nicht zur Kenntnis genommen hat, dass das politische System Russlands (nach einigen
1826 hoffnungsvollen, aber instabilen Jahren) sich ab 2003 zu einem mehr und mehr totalitären,
1827 repressiven und nationalistischen Regime gewandelt hat, in dem der herrschenden Clique
1828 Gemeinwohl, sowie gesellschaftliche und wirtschaftliche Teilhabe zunehmend gleichgültig wurden.
1829 Auch das Interesse an Stabilität und Status Quo, welches lange die poststalinistische Sowjetunion
1830 geprägt hatte, wich in Russland unter Putin zunehmend einer expansiven und revisionistischen
1831 Ausrichtung. Dass die unterstellte „Rationalität“ der russischen Regierung damit auf ganz anderen
1832 Logiken, Narrativen und Beweggründen fußte als auf unseren Ideen von Gemeinwohl und
1833 gesellschaftlichem Fortschritt, haben oder wollten wir nicht kommen sehen.

1834 **Zweitens** hat die deutsche Außenpolitik es versäumt, „Wandel“ aktiv einzufordern oder hinreichend
1835 zu unterstützen, etwa in Bezug auf gesellschaftliche Transformation, Rechtsstaatlichkeit,
1836 Demokratie und wirtschaftliche Teilhabe. Stattdessen hat man im Westen – nach erfolgter
1837 Privatisierung wichtiger Versorgungsinfrastruktur – die Umsetzung des Konzepts „Wandel durch
1838 Handel“ den privaten Wirtschaftsakteuren überlassen. Diese Unternehmen waren aber in erster
1839 Linie an kurzfristiger wirtschaftlicher Rendite interessiert und haben sich nie für die Umsetzung
1840 politischer Konzepte oder gar Transformationsaufgaben verantwortlich gefühlt. Ganz anders lief die
1841 Entwicklung auf russischer Seite, wo der Staat seit der Zerschlagung des weltgrößten Öl- und
1842 Gaskonzerns „Yukos“ in 2003, dem Erwerb weiterer essentieller Unternehmen und der
1843 herbeigeführten Loyalität der sogenannten Oligarchen die volle politische Kontrolle über nur
1844 scheinbar private Unternehmen ausübt. Vor dem Hintergrund einer solchen Asymmetrie verfehlt der
1845 von uns erhoffte „Wandel durch Handel“ seine Wirkung: Putin hat den Spieß längst umgedreht und
1846 versucht, uns einen „Wandel“ in seinem Sinne aufzuzwingen.

1847 **Drittens** haben wir zugelassen, dass durch die Fokussierung auf den billigsten Einkaufspreis
1848 russische Rohstoffe und Lieferbeziehungen einen immer größeren Marktanteil aufbauen konnten.
1849 Dies ging zu Lasten einer gesunden Diversifizierung. Die daraus entstehende Abhängigkeit war zwar
1850 als gegenseitige Abhängigkeit gedacht. Dass aber ein Ungleichgewicht im Hinblick auf die zeitlichen
1851 Bedarfe entstand, wollten wir nicht zur Kenntnis nehmen. So müssen wir heute mit ansehen, dass

1852 unsere Industrie und unsere Verbraucher *kurzfristig* viel stärker abhängig von russischen
1853 Rohstoffherzeugern sind als umgekehrt. *Langfristige* wirtschaftliche Nachteile scheint das Putin-
1854 Regime aus ideologischen Motiven billigend in Kauf zu nehmen. Vor dem Hintergrund der
1855 gestiegenen Marktkonzentration und Abhängigkeit von russischem Gas war auch das lange
1856 Festhalten an NordStream 2 aus heutiger Sicht ein Fehler.

1857 **Viertens** war es falsch, dass deutsche Außenpolitik – oft aus falsch verstandener historischer
1858 Rücksichtnahme auf Russland - nicht hinreichend die Interessen derjenigen Staaten und ihrer
1859 Bürger berücksichtigt hat, die sich in Russlands Nachbarschaft von russischer Dominanz befreien
1860 und zivilgesellschaftlichen Fortschritt erreichen wollten. In unserer Fixierung auf Ausgleich und
1861 Kooperation mit Russland haben wir die kleineren osteuropäischen Nachbarn gelegentlich als
1862 Staaten zweiter Klasse behandelt und über ihre Köpfe hinweg Einflusszonen definiert. Dies hat Putin
1863 offenbar als Ermutigung für Expansion und Aggression aufgefasst.

1864 Und **schließlich** haben wir zu lange die frappierenden Gemeinsamkeiten und Verflechtungen
1865 nationalistischer, reaktionärer und identitärer Bestrebungen in Russland, in Ost- und Westeuropa
1866 und weltweit akzeptiert oder ignoriert. Jedenfalls haben wir sie nicht klar und konsequent genug
1867 politisch zurückgewiesen und bekämpft. Mit Desinformation, sowie finanzieller und politischer
1868 Unterstützung hat Putin sich inzwischen ein Netzwerk von bewussten und unbewusst manipulierten
1869 Unterstützern bis in die Spitze wichtiger Staaten geschaffen, mit welchen er versucht, die Einigkeit
1870 und Geschlossenheit des Westens von innen heraus zu destabilisieren. Hier ist ein stärkeres
1871 Gegensteuern erforderlich.

1872 In der Rückschau war es daher ebenso naiv wie fahrlässig, der Idee von „Wandel durch Handel“ in
1873 einer Weise zu vertrauen, wonach wirtschaftliche Öffnung und Verflechtung „wie von selbst“ auch
1874 zu demokratischem Fortschritt und zu einer offenen Gesellschaft in Russland, und folglich auch zu
1875 Frieden und Stabilität führen würden.

1876 Hoffnung, Vertrauensvorschuss und Glaube an Fortschritt haben bis zu einem gewissen Punkt
1877 Frieden ermöglicht und sind daher ganz sicher nicht verwerflich. Wir Sozialdemokrat*innen müssen
1878 uns nicht dafür schämen, dass wir auf das Gute im Menschen vertrauen. Aber im Fall Russlands
1879 wäre schon früher eine höhere Wachsamkeit geboten gewesen. Stattdessen haben wir aus
1880 intellektueller Bequemlichkeit den Dingen ihren Lauf gelassen und uns allzu pragmatisch und
1881 „realpolitisch“ um des lieben Friedens willen auf eine nicht zu Ende gedachte Politik eingelassen.

1882 Dabei gilt es doch vor allem anderen, frei nach Egon Bahr, die jeweiligen *Interessen* zu erkennen
1883 und diese ernst zu nehmen. Die wahren Interessen Putins – die sich eigentlich an seinen
1884 Handlungen hätten ablesen lassen – hat die deutsche Außenpolitik jedoch aus dem Auge verloren:
1885 Großmachtfantasien, geopolitische Dominanz und territoriale Expansion.

1886 In brutaler Weise legt der aktuelle Krieg auch offen, wie Abhängigkeiten von Rohstoffen die
1887 Weltpolitik dominieren. Dies gibt uns eine Vorahnung von den Konflikten der Zukunft. Die
1888 dramatische Klimakrise ist ein Treiber der Interessenkonflikte um Rohstoffe. Wo es heute um
1889 russisches Öl und Gas für die nächsten Jahre und um die Bodenschätze und landwirtschaftlichen
1890 Erzeugnisse der Ukraine geht, wird es in der Zukunft darüber hinaus auch um das Aluminium für die
1891 zu bauenden Windräder gehen, das Silizium und Kupfer für die Solarkraftwerke und Stromnetze,
1892 das Lithium, Nickel und Kobalt für die Energiespeicher, sowie die Eisenerze für die kommenden
1893 Infrastrukturen. Ein Krieg um die Arktis oder um Rohstoffe in Afrika könnten der nächste Akt in
1894 diesem Drama werden.

1895 Einseitige Abhängigkeiten von diesen Rohstoffen bedrohen sowohl den Frieden als auch die
1896 Umsetzung der anstehenden Transformationsaufgaben. Um Frieden und Wohlstand zu sichern und
1897 das Klima zu retten, muss es uns deshalb gelingen, diese Unausgewogenheiten auszubalancieren.
1898 Dies darf nicht allein „dem Markt“ überlassen, sondern muss stärker als bisher wieder als politische
1899 Gestaltungsaufgabe verstanden werden.

1900

1901 **Zweiter Teil: Widerstandsfähigkeit der Europäischen Union stärken**

1902 Um widerstandsfähiger gegen wirtschaftliche und militärische Bedrohungen zu werden, muss die
1903 Europäische Union ihre Energieversorgung sowie ihre digitale Infrastruktur gemeinsam umbauen
1904 und absichern, im Bereich der Verteidigung sowie der Rüstungskontrolle und
1905 Rüstungsexportkontrolle stärker zusammenarbeiten und der politisch gesteuerten Desinformation
1906 und Manipulation entgegenzutreten.

1907 **Gemeinsame europäische Energiepolitik**

1908 Der Krieg in der Ukraine hat schmerzhaft offengelegt, wie abhängig die europäischen
1909 Volkswirtschaften von autokratischen Mächten sind. Ein Umsteuern ist notwendig.

1910 Ziel dieses Umsteuerns kann es nicht sein, die Abhängigkeiten von Russland durch Abhängigkeiten
1911 von anderen autokratischen Systemen zu ersetzen, oder gar grenzüberschreitende Verflechtungen
1912 insgesamt abzubauen („Deglobalisierung“). Unter einer Abschottung würde insbesondere
1913 Deutschland als Exportnation empfindlich leiden. Preissteigerungen und Kaufkraftverluste, bis hin
1914 zur Deindustrialisierung und Verarmung breiter Bevölkerungsschichten könnten die Folge sein.
1915 Vielmehr ist es erforderlich, Lieferbeziehungen zu diversifizieren, einseitige Abhängigkeiten zu
1916 verringern und Reserven kritischer Rohstoffe und Schlüsseltechnologien innerhalb der
1917 Europäischen Union aufzubauen und abzusichern.

1918 Vor allem aber muss das Umsteuern bei der Energieerzeugung innerhalb der EU beschleunigt
1919 werden. Am wichtigsten ist in diesem Zusammenhang ein schneller Abschied von fossilen und
1920 nuklearen Energieträgern und die Schaffung einer nachhaltigen Kreislaufwirtschaft. Bei dieser
1921 Transformation muss Europa koordiniert vorgehen, um schnell voranzukommen. Die
1922 auszubauenden Technologien müssen kompatibel sein und aufeinander abgestimmt werden. So
1923 können auch Synergien und Skaleneffekte genutzt werden. Insbesondere muss bei der Herstellung
1924 und Verteilung von grünem Wasserstoff stärker zusammengearbeitet werden, um Fabriken und
1925 Netze schneller und wirtschaftlicher aufzubauen.

1926 Es müssen transeuropäische Infrastrukturen aufgebaut werden: Wasserstoffpipelines, Stromnetze,
1927 Pumpspeicherkraftwerke, Gasspeicher etc. Länder, in denen die Sonne mehr scheint oder in denen
1928 der Wind mehr weht, sollten beim Ausbau von Stromerzeugungskapazitäten priorisiert werden.

1929 Dies erfordert gemeinsame Investitionen in eine gemeinsame Infrastruktur. Alle europäischen
1930 Verbraucher sollen von dieser gemeinsamen Infrastruktur profitieren. Dabei soll der Kernbereich der
1931 gemeinsamen europäischen Infrastruktur in der öffentlichen Hand verbleiben, und zwar im
1932 gemeinsamen europäischen Eigentum. Die Vergemeinschaftung würde sowohl gemeinschaftliches
1933 öffentliches Eigentum als auch die gemeinsame hoheitliche Kontrolle umfassen. Eine rechtliche
1934 Absicherung einer solchen europäisierten Energieinfrastruktur könnte sich an den Vorbildern der
1935 Montanunion („Vertrag über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl“ von 1952), sowie
1936 des Energiecharta-Vertrages von 1994 orientieren. Vergleichbare rechtliche Mechanismen wären
1937 ins Gemeinschaftsrecht zu integrieren.

1938 Die Beschaffung von Energieträgern, d.h. in einer Übergangszeit auch fossilen Energieträgern,
1939 muss europäisch koordiniert erfolgen. Ein gegenseitiger ruinöser Überbietungswettbewerb zwischen
1940 EU-Staaten sollte vermieden werden. Von Preisspiralen profitieren vor allem die Verkäufer, wie
1941 insbesondere Gazprom, Rosneft & Co., zu Lasten ärmerer Staaten innerhalb und außerhalb
1942 Europas. Wo die Verkäuferseite staatlicher Kontrolle unterliegt, ihre Rohstoffvorkommen zu
1943 geopolitischen Zwecken einsetzt und Marktmechanismen unterläuft, müssen auch Einkäufer und
1944 Versorger sich konzertieren, notfalls mittels staatlicher Eingriffe und Lenkungsmaßnahmen. Eine
1945 enge europäische und internationale Abstimmung ist deshalb notwendig.

1946 **Verteidigung, Rüstungszusammenarbeit und Cybersicherheit**

- 1947 Die aktuellen Kämpfe der Ukrainer für Freiheit und Selbstbestimmung führen uns vor Augen, welche existenziellen Wert militärische Wehrhaftigkeit für unsere Demokratien im heutigen Europa haben kann. Gleichzeitig verfolgen wir, wie stark wir in dieser Hinsicht auf die Unterstützung der USA angewiesen sind und wie wenig Deutschland und Europa in der Lage sind, europäische Beistandsverpflichtungen mit Leben zu füllen. Dies wird unter anderem daran deutlich, dass Finnland und Schweden in die NATO streben.
- 1948
- 1949
- 1950
- 1951
- 1952
- 1953 Es ist aber kein Naturgesetz, dass die Interessen der USA sich stets mit unseren europäischen Sicherheitsinteressen decken; ebenso wenig ist gesichert, dass die USA auch in Zukunft bereit sind, sich für den Schutz europäischer NATO- und Nicht-NATO-Staaten so umfassend zu engagieren, wie sie es derzeit tun; und schließlich lassen die innenpolitischen Entwicklungen in den USA in den letzten Jahren Zweifel zu, ob das dortige politische System in den nächsten Jahrzehnten genauso stabil und verlässlich bleibt wie in den vergangenen Jahrzehnten. Aus diesem Grund müssen wir in der Lage sein, mehr Verantwortung für unsere Sicherheit und Verteidigung selbst zu übernehmen. Auch dafür ist die EU ein geeigneter Handlungsrahmen, der uns vor nationalen Alleingängen, Ineffizienzen und Aufrüstungsspiralen schützen kann.
- 1954
- 1955
- 1956
- 1957
- 1958
- 1959
- 1960
- 1961
- 1962 Deshalb haben sich die Staaten der Europäischen Union in Art. 42 (7) des EU-Vertrages gegenseitigen Beistand versprochen. Ein Angriff auf einen von uns ist ein Angriff auf uns alle. Diese Realität ist in den letzten Jahren gestärkt worden durch PESCO, die ständige strukturierte Zusammenarbeit in Sicherheit und Verteidigung in der EU. Auch Rückschlägen und Hindernissen zum Trotz hat sich die EU in den letzten Jahren auf einen gemeinsamen Weg gemacht. Heute erkennen wir die Dringlichkeit und den Wert einer solchen Politik.
- 1963
- 1964
- 1965
- 1966
- 1967
- 1968 Verteidigung muss künftig als gemeinsame europäische Aufgabe gedacht, organisiert und gesteuert werden. Über die genaue Ausgestaltung ist ein Diskurs in der politischen und der parlamentarischen Öffentlichkeit dringend notwendig.
- 1969
- 1970
- 1971 Dabei kommt es weniger auf Aufrüstung und Mobilisierung großer weiterer Finanzmittel an, als vielmehr auf eine stärkere Vernetzung, bessere Organisation und zielgerichtete Verstärkungen. Denn die kombinierten Verteidigungshaushalte der EU-Staaten übertreffen denjenigen von Russland bei weitem - trotzdem ist zweifelhaft, ob die Verteidigungsfähigkeit damit gewährleistet ist.
- 1972
- 1973
- 1974
- 1975 Es ist daher zu fragen, ob und wie
- 1976 - die Entwicklung und Beschaffung von Waffensystemen zukünftig noch stärker europäisch abgestimmt werden kann, um mit einer Bündelung von Anstrengungen in Forschung, Entwicklung und Produktion Beschaffungsvorgänge effizienter zu machen;
- 1977
- 1978
- 1979 - die Kompatibilität von Waffensystemen und den damit zusammenhängenden Wartungsvorgängen und Logistikketten sichergestellt werden kann („Interoperabilität“);
- 1980
- 1981 - teilweise unnötige Dopplungen im Sinne einer Arbeitsteilung reduziert werden können - was perspektivisch übrigens auch der Gefahr von nationalen Alleingängen innerhalb Europas vorbeugen könnte;
- 1982
- 1983
- 1984 - europäische Kommandostrukturen unter dem Dach der NATO stärker ausgebaut werden können;
- 1985
- 1986 - daneben auch eine EU-Verteidigungszentrale für den Bündnisfall gemäß Art. 42(7) EUV sinnvoll wäre;
- 1987
- 1988 - eine stärkere Vernetzung im Sinne gemischter Verbände sinnvoll wäre, oder auch eine Vertiefung bestehender Verbände unter dem Eurocorps oder der EU Battlegroups;
- 1989
- 1990 - insbesondere gemeinsame europäische Verbände zur Abwehr von Cyberangriffen geschaffen werden sollten;
- 1991
- 1992 - auch verstärkt Übungen und Manöver innerhalb der europäischen Achse erfolgen können;
- 1993 - die Europäische Friedensfazilität ausgeweitet werden sollte;
- 1994 - zusätzliche Kompetenzen der EU im Bereich der Rüstungskontrolle, insbesondere auch der Kontrolle autonomer Waffensysteme, und der Rüstungsexportkontrolle eingerichtet werden müssten;
- 1995
- 1996

- 1997 - das Europäische Parlament Mitsprache- und Kontrollrechte erhalten sollte (etwa durch
 1998 Einrichtung eines europäischen Verteidigungsbeauftragten aus den Reihen der
 1999 Parlamentarier).
- 2000
- 2001 Was darüber hinaus die digitale Infrastruktur und Cybersicherheit angeht, ist es aus unserer Sicht
 2002 erforderlich, die Vorschläge für Richtlinien des Europäischen Parlaments und des Rates über die
 2003 Resilienz kritischer Einrichtungen (CER-Richtlinie 14262/20 und NIS2-Richtlinie COM/2020/823)
 2004 zügig zu verabschieden und umzusetzen. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
 2005 (BSI) soll die Zusammenarbeit mit anderen mitgliedstaatlichen und europäischen Behörden
 2006 vertiefen und erweitern. Die Bundesregierung soll sich dafür einsetzen, dass am Standort Bonn
 2007 hierfür geeignete Voraussetzungen geschaffen werden.
- 2008 **Kampf gegen Desinformation**
- 2009 Der Verbreitung von Propaganda, Desinformation und Hetze im Netz muss wirksam Einhalt geboten
 2010 werden. Der neue Digital Services Act (DSA) muss konsequent umgesetzt werden. In der EU tätige
 2011 Online-Plattformen und soziale Netzwerke müssen Urheber bzw. Auftraggeber offenlegen und
 2012 rückverfolgbar machen. KI-gestützte Frühwarnsysteme und Faktenprüfungen sollten eingeführt
 2013 werden, um Falschinformation aufzudecken. Betreiber müssen dazu angehalten werden, durch die
 2014 Entfernung illegaler oder falscher Inhalte zur Bekämpfung von Desinformation beizutragen. Die
 2015 Pflichten der Betreiber sollten mittels Rechenschaftspflichten und Sanktionen durchgesetzt werden.
- 2016 Dabei sind Meinungsfreiheit und Pluralität zu gewährleisten. Regierungsseitige Eingriffe in die freie
 2017 Medienlandschaft, wie sie insbesondere in Ungarn in den letzten Jahren zu beobachten waren,
 2018 müssen von der Europäischen Kommission wirksam sanktioniert werden, notfalls unter Einsatz bzw.
 2019 Fortentwicklung des Europäischen Rechtsstaatsmechanismus.
- 2020 Die Verwendung von Algorithmen und Nutzerdaten für politische Kampagnen muss transparent
 2021 gemacht werden. Das Geschäftsmodell von Cambridge Analytica hat die Wahl von Donald Trump
 2022 und das Brexit-Votum befördert. Solche verdeckten und gezielten Einflussnahmen (micro-targeting)
 2023 haben das Potenzial, unsere Demokratie auszuhöhlen. Daher ist es erforderlich, die hinter
 2024 politischen Kampagnen stehenden Ströme von Daten und Geldern vollständig offenzulegen.
- 2025
- 2026 **Dritter Teil: Schritte in Richtung einer neuen Friedensarchitektur**
- 2027 Ganz sicher ist die vorrangige Aufgabe der kommenden Wochen und Monate, den Krieg in der
 2028 Ukraine, das Blutvergießen und das Leiden der Menschen dort so schnell wie möglich zu beenden,
 2029 die Ukraine dabei zu unterstützen, ihre territoriale Integrität so weit wie möglich wiederherzustellen
 2030 und den Wiederaufbau der Ukraine in Gang zu setzen. Der Vorschlag der italienischen Regierung
 2031 (Vier-Stufen-Plan) ist eine gute Grundlage für die Anstrengungen, welche in den nächsten Monaten
 2032 erforderlich sind.
- 2033 Es ist heute noch eine offene Frage, ob es nach einem Kriegsende in der Ukraine in Europa und der
 2034 Welt bald wieder zu einer allgemein anerkannten regelbasierten „Nachkriegsordnung“ kommen
 2035 kann. Der mit dem Krieg entstandene Vertrauensverlust ist dramatisch und wird noch lange
 2036 nachwirken. Vielleicht müssen wir uns auf eine Zeit der Unsicherheit, mit volatilen Vereinbarungen
 2037 und Bündnissen und miteinander konkurrierenden ökonomischen und politischen Systemen
 2038 einstellen, in der die „Weltordnung“ nicht mehr gesichert erscheint und verbindliche völkerrechtliche
 2039 Normen in weiten Teilen der Welt nicht durchsetzbar sind. Die Systeme und Institutionen kollektiver
 2040 Sicherheit, die sich nach dem 2. Weltkrieg und im Zuge der Ost-West-Entspannungspolitik
 2041 herausgebildet haben, durch Russlands Angriffskrieg beschädigt oder zumindest schwer
 2042 herausgefordert. Vorher schon erkennbarer Reformbedarf ist nun auf drastische Art und Weise in
 2043 den Fokus gerückt. Das gilt insbesondere für kollektive Konfliktvermeidungssysteme wie die OSZE,
 2044 aber auch für die Vereinten Nationen (UN). Welche Rolle kann z.B. der UN-Sicherheitsrat noch
 2045 beanspruchen, der schon vor dem Ukrainekrieg an Autorität und Durchsetzungsmacht verloren hatte

2046 und in dem eine kriegführende Atommacht vertreten ist, die jegliche humanitären und politischen
2047 Anstrengungen ohne Rücksicht auf völkerrechtliche Grundprinzipien mit ihrem Veto blockieren
2048 kann? Wie kann der Multilateralismus, der nötiger ist denn je, aus dieser Krise herausfinden und
2049 gestärkt werden?

2050 **Verhältnis zu Russland und zukünftige Möglichkeiten für zivilgesellschaftlichen Dialog**

2051 Weder harte Wirtschaftssanktionen noch Waffenlieferungen werden ausreichen, um den Frieden zu
2052 schaffen. Um den Krieg zu beenden, ist es notwendig, weiterhin alle möglichen diplomatischen
2053 Gesprächskanäle zu nutzen, auch gegenüber China, Indien und anderen wichtigen Akteuren, und
2054 von möglichst vielen Seiten Druck aufzubauen. Da sich die Situation ständig ändert, ergeben sich
2055 auch immer wieder neue Chancen, die dann aktiv ergriffen werden müssen. Dafür braucht es
2056 bestehende Gesprächsfäden und Geduld. Wenngleich diese Anstrengungen mit Frustration und
2057 Fehlschlägen verbunden sein werden, dürfen sie nicht aufgegeben werden.

2058 Wir müssen besonnen und an die aktuelle Situation angepasst handeln. Da wir keine Kriegspartei
2059 sind, definieren wir keine Kriegsziele. Wir wollen aber, dass Putin den Krieg nicht gewinnt (wobei
2060 schon jetzt absehbar ist, dass das russische Volk zu den größten Verlierern dieses Krieges zählt).
2061 Deshalb unterstützen wir die Ukraine in ihrem selbsterklärten Ziel, ihre Souveränität zu verteidigen,
2062 den Status Quo vor dem 24. Februar 2022 wiederherzustellen und zu einer Grundlage von
2063 Friedensverhandlungen zu machen. Die Bedingungen einer Friedensvereinbarung kann nur die
2064 Ukraine selbst formulieren. Westliche Sanktionen gegen Russland können danach im Einvernehmen
2065 mit der Ukraine gelockert werden.

2066 Eine neue Friedensordnung für Europa ist derzeit weit weg, muss aber das Zielbild bleiben. Es wäre
2067 eine Illusion, zu glauben, dass die Welt sicherer wird, indem man versucht, Russland zu einer Art
2068 riesigem Nordkorea zu machen: Zunächst wird es gar nicht möglich sein, Russland dauerhaft
2069 wirtschaftlich zu isolieren und auszuzehren, weil sich China, Indien und andere wichtige Staaten, in
2070 denen ein Großteil der Weltbevölkerung lebt, weigern würden, sich einem (vorgeblich) „westlichen
2071 Diktat“ zu unterwerfen. Ein dauerhaft isoliertes Russland wäre zurückgeworfen auf die wenigen
2072 Instrumente, die es noch in der eigenen Hand hält, wie insbesondere sein nukleares Potential und
2073 seine Fähigkeiten im Bereich von Cyberkriminalität und Propaganda – das kann nicht in unserem
2074 Interesse sein! Außerdem wird das größte Flächenland der Erde beim Schutz von Klima und
2075 natürlichen Lebensgrundlagen dringend gebraucht. Nicht zuletzt ginge kulturelles und kreatives
2076 Potential verloren, welches aus der Vernetzung unserer modernen Welt entsteht. Es ist also
2077 alternativlos, mittelfristig wieder auf Annäherung, Austausch und Zusammenarbeit zu setzen.

2078 Die Rückkehr zur zivilisierten Welt und zum Völkerrecht muss aus Russland heraus erfolgen. Der
2079 Wiederaufbau des zerstörten Vertrauens wird Zeit brauchen und glaubhafte Schritte der Abkehr von
2080 der bisherigen Politik seitens der russischen Regierung erfordern. Aber wir Europäer können uns
2081 darum bemühen, Türen offen zu halten und Gesprächsräume wieder zu eröffnen. An bewährte
2082 Formate der Rüstungskontrolle und Abrüstung müssen wir wieder anknüpfen, sobald die Umstände
2083 es zulassen.

2084 Der Grundgedanke von „Wandel durch Annäherung“, zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit und
2085 Völkerverständigung von Mensch zu Mensch wird nach dem Krieg relevanter sein denn je.
2086 Städtepartnerschaften, Jugendaustausch, kulturelle und universitäre Zusammenarbeit sowie Reisen
2087 können nach dem Krieg den Nährboden schaffen für Dialog, Verständnis und Verständigung. So
2088 setzen wir uns dafür ein, dass Köln an seine Städtepartnerschaft mit Wolgograd nach dem Krieg
2089 wieder anknüpft.

2090 Aufklärung, Dokumentation und Information über die stattgefundenen Gräueltaten sind wichtig, genauso
2091 wie Aufarbeitung im Rahmen des Völkerstrafrechts.

2092 Wir wissen, dass eine Forderung nach Dialog und Austausch mit der russischen Zivilbevölkerung im
2093 Moment in vielerlei Hinsicht illusorisch klingt. Aber allein das Signal, dass wir es in der Zukunft für

2094 möglich halten, macht einen Unterschied. Es werden viele kleine Schritte notwendig sein und es
2095 kann sein, dass wir für eine Wiederannäherung einen langen Atem brauchen. Diesen Weg zu gehen
2096 wird dennoch notwendig sein.

2097 **Stärkung des Multilateralismus und Rolle der Europäischen Union**

2098 Je größer die Verflechtungen und gegenseitigen Abhängigkeiten in der Welt sind, desto verletzlicher
2099 sind wir in allen Teilen der Welt und umso wichtiger sind internationale, multilaterale Strukturen und
2100 Lösungsansätze. Die Corona-Pandemie und der Ukraine-Krieg zeigen dies beispielhaft: der
2101 Ausbruch des Covid 19-Virus in China hat zu Infektionen und Corona-Toten in allen Teilen der Welt
2102 geführt. Der Ukraine-Krieg verschärft die Hungerkrise in vielen Ländern der Südhalbkugel
2103 dramatisch durch die fehlenden Weizen-Lieferungen aus der Ukraine.

2104 Da wir noch weit entfernt von einer „Weltregierung“ (Willy Brandt) sind, ist es umso wichtiger, die
2105 Vereinten Nationen (UN) zu stärken. Doch hierzu sind Reformen der UN unabdingbar. Wir fordern,
2106 bereits jetzt einen Diskussionsprozess darüber einzuleiten, wie Vetorechte und andere
2107 Blockademöglichkeiten innerhalb der UN reduziert und Durchsetzungsmöglichkeiten erhöht werden
2108 können. Ein solcher Diskussionsprozess sollte auf Ebene der Generalversammlung angesiedelt
2109 werden. Dabei sollten Ideen aus der Zivilgesellschaft Berücksichtigung finden, etwa indem erstens
2110 ein „Weltbürgerrat“, zweitens eine NGO-Konferenz und drittens ein Gremium von renommierten
2111 Völkerrechtlern einberufen werden, die der Generalversammlung Reformvorschläge unterbreiten
2112 sollen.

2113 Bei der Zeitenwende, die wir derzeit erleben müssen, geht es auch um eine Neuvermessung der
2114 internationalen Kräfteverhältnisse: zwischen Russland, China, den USA und Europa. Eine neue
2115 Blockbildung nach dem Vorbild des Kalten Krieges wollen wir nicht. Stattdessen setzen wir auf eine
2116 eigenständige Rolle der EU in einer multipolaren Welt. Die Stärke und Anziehungskraft der EU
2117 beruht darauf, dass sie den Anspruch erhebt, Frieden, Demokratie, individuelle Freiheit,
2118 gesellschaftlichen Wohlstand und soziale Teilhabe im Rahmen eines verantwortungsbewussten
2119 Fortschritts zu verbinden. Die EU sollte eine Vorbildfunktion für die Welt anstreben. Dieser
2120 Verantwortung müssen wir uns stellen und dafür sorgen, dass die EU ihr Wertefundament schützt
2121 und ausbaut, damit sie ihre Rolle auch ausfüllen kann.

2122 **Mehr Wachsamkeit bei der internationalen Zusammenarbeit**

2123 Kooperation im Welthandel muss dort verstärkt werden, wo Rechtsstaatlichkeit und Demokratie
2124 nachhaltige Geschäftsbeziehungen erwarten lassen. Vor diesem Hintergrund ist es
2125 besorgniserregend, dass China inzwischen unser wichtigster Handelspartner ist, mit steigender
2126 Tendenz. Auch hier müssen gefährliche Abhängigkeiten verstanden und abgebaut werden. Die
2127 Initiativen Chinas im Zusammenhang mit der „Neuen Seidenstraße“ (Belt Road Initiative) müssen
2128 kritischer hinterfragt und alternative Handlungsoptionen bevorzugt werden, wenn dadurch
2129 europäische Kontroll- und Einflussmöglichkeiten geschützt werden können. Lieferketten für
2130 sicherheitskritische Produkte und Rohstoffe sollten analysiert werden. Bei technologischer
2131 Zusammenarbeit und Künstlicher Intelligenz sollte der transatlantischen Partnerschaft Vorrang
2132 eingeräumt werden, etwa im Rahmen des Trade and Technology Council zwischen der EU und den
2133 USA.

2134 Gleichzeitig müssen Handelsbeziehungen stärker mit der Zusammenarbeit im Kampf gegen den
2135 Klimawandel verknüpft werden. Länder, welche immer schneller Regenwälder abholzen oder sich
2136 einem Umsteuern bei der Energieerzeugung verweigern, dürfen wir nicht mit engen
2137 Handelsbeziehungen belohnen.

2138 Eine stärkere Berücksichtigung politischer Stabilität ist auch in den Beziehungen zu europäischen
2139 Nachbarstaaten erforderlich. Wir können nicht länger die Augen davor verschließen, dass sich einige
2140 Regierungen vom gemeinsamen Wertefundament von Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und
2141 Pressevielfalt und demokratischen Spielregeln immer weiter entfernen. Auch hier muss „Wandel“

2142 wieder stärker und verbindlicher eingefordert werden, sei es mit Hilfe des neuen EU-
2143 Rechtsstaatsmechanismus oder anderen Instrumenten.

2144 **Realistische Beitrittsperspektiven und Integrationsformate neben oder auf dem Weg zu einer** 2145 **Vollmitgliedschaft**

2146 Die Ukraine sollte eine EU-Beitrittsperspektive und einen Kandidatenstatus bekommen. Gleichzeitig
2147 müssen die Verhandlungen mit den Westbalkanländern zielorientiert weitergeführt werden. Eine
2148 Vollmitgliedschaft zur EU darf aber kein Selbstläufer sein. Sie ist nur unter engen Voraussetzungen
2149 möglich und kann nicht im Eilverfahren erfolgen.

2150 Die EU ist in den letzten Jahren mehr und mehr paralysiert worden, insbesondere von den
2151 Regierungen in Polen und Ungarn, bzw. weiteren Staaten der Visegrad-Gruppe. Auch jetzt erleben
2152 wir, wie Viktor Orban die gemeinsame europäische Außenpolitik nach Gutdünken ausmanövriert,
2153 Pressefreiheit, Wissenschaftsfreiheit und das demokratische Wahlrecht aushöhlt, neue Institutionen
2154 jenseits demokratisch legitimierter Prozesse einrichtet, diese Nebeninstitutionen mit seinen
2155 Günstlingen besetzt und ein weitreichendes Netz von Korruption und Vetternwirtschaft installiert. De
2156 facto kann seine Regierung kaum noch demokratisch abgewählt werden.

2157 Und wir mussten erleben, wie die polnische Justiz in den letzten Jahren zum verlängerten Arm eines
2158 engen Machtzirkels von Rechtspopulisten verkommen ist und das polnische Verfassungsgericht EU-
2159 Recht nicht länger für vorrangig verbindlich hält. Die justizielle Zusammenarbeit und
2160 grenzübergreifende Durchsetzung von Recht (etwa die Vollstreckung polnischer Urteile und
2161 Ermittlungsanordnungen) ist auf dieser Grundlage teilweise schon jetzt kaum mehr möglich bzw. zu
2162 rechtfertigen. Um diese Deformationen im Rechtssystem zu überwinden, wird es viele Jahre, wenn
2163 nicht Jahrzehnte brauchen.

2164 Daraus ist erstens die Lehre zu ziehen, dass sich die EU zunächst selbst reformieren muss, um
2165 aufnahmefähig für neue Mitglieder zu werden:

- 2166 • Einstimmigkeitserfordernisse müssen gemäß den „Empfehlungen der Konferenz zur Zukunft
2167 Europas“ abgebaut werden,
 - 2168 • die Einhaltung demokratischer und menschenrechtlicher Mindeststandards muss wieder
2169 überall selbstverständlich sein,
 - 2170 • Rechtsstaatlichkeitsverstöße müssen effektiv sanktionierbar sein und abgestellt werden,
 - 2171 • bei der Korruptionsbekämpfung und der Transparenz der Mittelverwendung im Sinne der
2172 gemeinsam definierten europäischen Politikziele müssen Fortschritte erzielt werden.
- 2173

2174 Zweitens müssen alle Beitrittsländer diesen Mindeststandards genügen und eine andauernde
2175 Einhaltung muss sichergestellt sein. Für zukünftige Beitritte sind also Rechtsstaatlichkeit,
2176 Medienfreiheit, gefestigte und plurale Demokratie unverzichtbare Voraussetzungen. Für diese
2177 Reformen brauchen die Beitrittskandidaten neben der Unterstützung der EU auch ausreichend Zeit.

2178 Jenseits der Vollmitgliedschaft muss die EU aber auch flexible Formate ermöglichen, unter anderem
2179 mit Blick auf die Ukraine, aber auch auf weitere Nachbarn (z.B. Moldau, den Westbalkanstaaten,
2180 Georgien, aber auch dem Vereinigten Königreich). So wie die Römischen Verträge den Aufbau eines
2181 gemeinsamen europäischen Hauses mit konkret abgegrenzten Politikbereichen begonnen haben
2182 (Kohle und Stahl, Atomkraft, Zölle...), so muss auch heute eine (schrittweise) Integration in
2183 verschiedenen Politikfeldern auf dem Weg zur Vollmitgliedschaft oder anstatt einer
2184 Vollmitgliedschaft möglich sein:

- 2185 - Europäische Zusammenarbeit im Bereich von Sicherheit und Verteidigung,
- 2186 - Gemeinsame Agrarpolitik, Verkehr und Strukturförderung,
- 2187 - Zollunion und Handelspolitik,
- 2188 - Energiekooperation, etwa durch gemeinsame Infrastrukturen im Bereich der
2189 Stromerzeugung, Wasserstoffnutzung, Netze und Speicher, etc.,

- 2190 - Klimapolitik (insbesondere im Hinblick auf CO2-Bepreisung und Grenzausgleichs-
2191 mechanismus),
2192 - Arbeitsmarkt und Sozialversicherungsrecht,
2193 - Steuerharmonisierung,
2194 - Justizielle Zusammenarbeit, u.a.

2195
2196 Erste Integrationsschritte in einzelnen Bereichen können zeitnah und unabhängig von einer
2197 Mitgliedschaft in der Europäischen Union aufgenommen werden. Dies könnte entweder mit der
2198 schnellen Einrichtung einer „Europäischen Föderation“ (siehe Vorschläge von Enrico Letta,
2199 Emmanuel Macron u.a.) erfolgen. Oder solche Formate können bilateral mit einzelnen Staaten
2200 ausgehandelt werden. Ein Wiederaufbauprogramm für die Ukraine kann beispielsweise schon sehr
2201 bald aufgesetzt und mit einer Integrations- und Reformagenda verbunden werden.

2202 So, und nur so, lässt sich eine realistische Beitrittsperspektive für beitriftswilligen Staaten verknüpfen
2203 mit konkreten Integrationsschritten, ohne dass dabei die Europäische Union insgesamt entkernt und
2204 gefesselt wird.

2205 **Fazit**

2206 Es liegt an uns, ob wir die „Zeitenwende“ lediglich als historischen Rückschlag oder gar als prägende
2207 Niederlage für die regelbasierte Ordnung und internationale Verständigung hinnehmen; es liegt an
2208 uns, ob wir einer schon lange kriselnden „Nachkriegsordnung“ mit ihren vertrauten Mechanismen
2209 und Institutionen nachtrauern; es liegt an uns, ob wir es hinnehmen, dass die Gestaltung der
2210 internationalen Ordnung im wesentlichen autokratischen Regimen und grenzübergreifend tätigen
2211 privatwirtschaftlichen Akteuren überlassen wird.

2212 Und ebenso liegt es an uns, ob wir uns auf den Weg machen, auch dieser neuen Zeit einen
2213 fortschrittsorientierten, hoffnungsvollen, und damit unverkennbar sozialdemokratischen Stempel
2214 aufzudrücken.

2215

2216 **11.3**

2217 **Antragsstelle: AG 60plus**

2218

2219 **Thema: Sozialdemokratische Friedenspolitik neu beleben –**

2220 **Diplomatie statt Krieg – in der Ukraine und überall !**

2221

2222 „Die internationale Politik der deutschen Sozialdemokratie dient dem Ziel, Konflikte zu verhindern
2223 und Frieden zu schaffen. Unsere Prinzipien dafür sind Verständigung, internationale Solidarität und
2224 gemeinsame Sicherheit durch Kooperation.“ Hamburger SPD-Grundsatzprogramm 2007
2225 „Als Friedenspartei in Deutschland setzen wir auf Diplomatie und Dialog, auf zivile Krisenprävention
2226 und Friedensförderung, auf Abrüstung und Rüstungskontrolle sowie internationale
2227 Zusammenarbeit.“
2228 SPD-Zukunftsprogramm 2021

2229

2230 Nach dem Krieg auf dem Balkan 1999 tobt in Europa 2022 wieder ein grausamer Krieg. Der
2231 völkerrechtswidrige und imperialistische Überfall des Putin-Regimes auf die Ukraine bringt nicht nur
2232 unendlich viel Leid für die Menschen mit sich, sondern birgt auch die Gefahr der Entgrenzung des
2233 Krieges, des Rückfalls in einen neuen kalten und heißen Krieg bis hin zu einer atomaren
2234 Auseinandersetzung zwischen Russland und der NATO. Dies gilt es mit allen Kräften zu verhindern.

2235
2236 Alle Bemühungen müssen deshalb darauf ausgerichtet sein, durch Verhandlungen zunächst zu
2237 einem sofortigen Waffenstillstand zu kommen, damit das Sterben von Menschen und die weitere
2238 Zerstörung der Infrastruktur der Ukraine gestoppt wird. Hierzu bedarf es gemeinsamer
2239 diplomatischer Initiativen von UNO, OSZE und EU unter Einbeziehung von China und Indien.
2240 Vollkommen kontraproduktiv für diese Bemühungen ist die Forderung, die NATO solle sich an dem
2241 Krieg militärisch aktiv beteiligen. Gleiches gilt für die Forderung, man müsse Russland wirtschaftlich
2242 ruinieren oder militärisch besiegen, da dies zu einer weiteren Eskalation führen würde. Im
2243 Unterschied dazu steht der besonnene Kurs von unserem Fraktionschef Rolf Mützenich und von
2244 Bundeskanzler Olaf Scholz, der einen Automatismus bei Waffenlieferungen ablehnt und in seiner
2245 jüngsten Regierungserklärung u.a. sagte „Russland darf diesen Krieg nicht gewinnen. Die Ukraine
2246 muss bestehen“.

2247 Ein Waffenstillstand könnte einen Verhandlungskorridor eröffnen, in dem über Truppenabzüge,
2248 entmilitarisierte Zonen (evtl. überwacht von UNO-Blauhelmen) sowie über die Wiederaufnahme der
2249 Minsker Verhandlungen unter Wahrung der Sicherheitsinteressen der Ukraine und Russlands
2250 gesprochen werden könnte.

2251
2252 Es könnte der Einstieg für Gespräche über eine neue globale Friedens- und Sicherheitsarchitektur
2253 sein. Leitbild sollte dabei die Idee der gemeinsamen Sicherheit sein, die 1982 von der sog. Palme-
2254 Kommission entwickelt wurde und in dem kürzlich in Stockholm veröffentlichten Bericht
2255 „Gemeinsame Sicherheit 2022“ fortgeschrieben wurde.

2256
2257 Die SPD, die als Friedenspartei in der Tradition der erfolgreichen Friedens- und Entspannungspolitik
2258 von Egon Bahr und Willy Brandt steht, ist dabei besonders gefordert. Wir verwahren uns in diesem
2259 Zusammenhang mit aller Entschiedenheit dagegen, dass diese Politik, die u.a. zur
2260 Wiederherstellung der deutschen Einheit geführt hat, im Lichte der jüngsten Entwicklung als

2261 Irrweg denunziert wird. Sozialdemokraten waren nie Handlanger Moskaus, sondern haben sich für
2262 Wandel durch Annäherung und ein friedliches Verhältnis zur damaligen Sowjetunion eingesetzt, die
2263 von Nazi-Deutschland überfallen wurde und 20 Millionen Opfer zu beklagen hatte. Richtig ist
2264 vielmehr, dass die imperiale Aggressivität der aktuellen russischen Führung mit dem lupenreinen
2265 Antidemokraten Putin an der Spitze von allen unterschätzt worden ist.

2266
2267 Bei der Beurteilung der aktuellen sicherheitspolitischen Lage sehen wir uns in großer
2268 Übereinstimmung mit dem DGB, der bei seinem jüngsten Bundeskongress ebenfalls den Aufbau
2269 einer stabilen Architektur für Frieden und Sicherheit forderte, wobei er sich für einen erweiterten
2270 Sicherheitsbegriff aussprach, „ der nicht ausschließlich auf militärische Bedrohungsszenarien
2271 abstellt, sondern weit darüber hinaus geht, indem er auch Gefährdungen der Informations-,
2272 Kommunikations-, Versorgungs-, Transport- und Handelslinien, der Sicherheit der Rohstoff- und
2273 Energieversorgung sowie die Auswirkungen des Klimawandels und globaler Pandemien
2274 berücksichtigt“.

2275 Zudem begrüßen wir, dass die deutschen Gewerkschaften sich dagegen aussprechen, den
2276 Rüstungshaushalt dauerhaft auf das 2%-Ziel der NATO oder darüber hinaus aufzustocken und die
2277 Verankerung des 2%-Ziels im Grundgesetz ablehnen. Gleiches gilt für die Beschlüsse zur Abrüstung
2278 und der Ächtung von Atomwaffen und der Beendigung von deren Lagerung in Deutschland.

2279
2280 Die Logik des Krieges und der Aufrüstung muss durch eine weitsichtige Friedenslogik ersetzt
2281 werden.

2282 Auch deshalb halten wir die geplante Erhöhung der Militärausgaben in Form eines
2283 Sondervermögens von 100 Mrd. Euro, das im Grundgesetz verankert werden soll, für falsch.

2284
2285 Wir fordern den SPD-Parteivorstand auf, zeitnah ein Konzept für eine friedenspolitische Offensive
2286 vorzulegen, das die zuvor genannten Einschätzungen und Forderungen berücksichtigt, und dieses
2287 in den Gliederungen der Partei zur Diskussion zu stellen.

2288

2289 **11.4**

2290 **Antragsstelle: OV Lindenthal**

2291 **Thema: Die Ukraine unterstützen –**

2292 **Sozialdemokratische Friedenspolitik neu denken.**

2293 **Krieg ist nicht das Ende der Diplomatie – in der Ukraine**
2294 **und überall!**

2295

2296 1. Der völkerrechtswidrige Überfall des Putin-Regimes auf die Ukraine bringt unendlich viel Leid für
2297 die Menschen in der Ukraine und darüber hinaus mit sich und birgt zudem die Gefahr der
2298 Entgrenzung des Krieges, des Rückfalls in einen neuen anhaltenden kalten und heißen Krieg bis hin
2299 zu einer atomaren Auseinandersetzung zwischen Russland und der NATO.

2300 2. Klar ist: Der Aggressor ist eindeutig Russland! Unter der Führung von Wladimir Putin verfolgt das
2301 Land eine verbrecherische und imperialistische Politik, die an dunkelste Zeiten des 19. und frühen
2302 20 Jahrhunderts erinnert. Für die russische Führung zählt in ihrem nationalistisch durchtränkten
2303 Weltbild offenbar nur das Recht des Stärkeren. Die Existenzberechtigung des ukrainischen Volkes
2304 wird geleugnet. Grauensvolle und menschenverachtende Kriegsverbrechen wie in Butscha und
2305 Mariupol aber auch die Lehren aus unserer eigenen Vergangenheit zeigen - diese Aggression darf
2306 von uns und unseren Partnerländern, die dem Frieden, dem Völkerrecht und den Menschenrechten
2307 verpflichtet sind, nicht hingenommen werden. Zusammen mit unseren Partnern in Europa und
2308 Nordamerika stellen wir uns deshalb dieser Aggression entgegen und unterstützen die Ukraine in
2309 ihrem Kampf um ihre Freiheit mit schweren politischen und wirtschaftlichen Sanktionen gegen
2310 Russland sowie mit der Lieferung von Waffen. Dies ist in jeder Hinsicht notwendig! Wladimir Putin
2311 darf diesen Krieg nicht gewinnen. Ihm müssen unmissverständlich seine Grenzen aufgezeigt werden
2312 und er darf mit dem brutalen Überfall auf die Ukraine keinen Erfolg haben!

2313 3. Eine notwendige und richtige umgehende Antwort auf diesen Angriff war die Regierungserklärung
2314 von Bundeskanzler Olaf Scholz am 24. Februar aus der die Unterstützung der Ukraine mit Waffen
2315 zur Selbstverteidigung, mit Geld und mit Sanktionen gegen den Angreifer Russland resultiert. Dazu
2316 gehören zugleich die Bemühungen, allen voran des Bundeskanzlers, eine Lösung zur Beendigung
2317 des Kriegs auf dem Verhandlungsweg zu entwickeln.

2318 4. Im öffentlichen Diskurs in Deutschland findet dies neben dem Ruf nach immer mehr Waffen zu
2319 wenig Unterstützung. Deshalb müssen die Bemühungen, durch Verhandlungen zu einer Waffenruhe
2320 zu kommen, verstärkt und im öffentlichen Diskurs unterstützt werden; denn das Sterben von
2321 Menschen und die weitere Zerstörung von Städten und der Infrastruktur der Ukraine sowie die
2322 Ausbreitung von Hunger und Not in weiten Teilen der Welt und eine Destabilisierung Europas
2323 müssen verhindert werden. Klar ist aber auch, dass eine Waffenruhe nur im Einklang mit den
2324 Interessen der Ukraine und mit Zustimmung der Ukraine erfolgen kann.

2325 5. Hierzu bedarf es gemeinsamer diplomatischer Initiativen der UNO, OSZE und EU unter
2326 Einbeziehung von China und Indien, deren Ziel sein muss, die territoriale Integrität und das
2327 Sicherheitsbedürfnis der Ukraine wiederherzustellen. Wir unterstützen den besonnenen Kurs von
2328 Bundeskanzler Olaf Scholz und unserem Fraktionschef Rolf Mützenich, der eine enge Abstimmung
2329 mit Frankreich und unseren anderen demokratischen Partnerländern vorsieht. Mit Recht lehnt der
2330 Bundeskanzler einen Automatismus bei Waffenlieferungen ebenso ab wie Diktat-Verhandlungen
2331 und erklärte in seiner jüngsten Regierungserklärung u.a. „Russland darf diesen Krieg nicht
2332 gewinnen. Die Ukraine muss bestehen“. Kontraproduktiv für diese Bemühungen ist die Forderung,
2333 die NATO solle sich an dem Krieg militärisch aktiv beteiligen. Gleiches gilt für die Forderung, man

2334 müsse Russland militärisch zerstören, da dies zu einer weiteren Eskalation und zur unbegrenzten
2335 Verlängerung des Krieges führen würde.

2336 6. Ein Waffenstillstand könnte einen Verhandlungskorridor eröffnen, in dem Russland seine Truppen
2337 zurückzieht und Garantien für die Unverletzlichkeit der ukrainischen Grenzen abgibt (evtl. überwacht
2338 von UNO-Blauhelmen) sowie über die Wiederaufnahme von Verhandlungen unter Wahrung der
2339 Sicherheitsinteressen der Ukraine und Russlands gesprochen werden könnte. Es könnte der
2340 Einstieg für Gespräche über eine neue globale Friedens- und Sicherheitsarchitektur sein. Leitbild
2341 sollte dabei die Idee der gemeinsamen Sicherheit sein, die 1982 von der sog. Palme-Kommission
2342 entwickelt wurde und in dem kürzlich in Stockholm veröffentlichten Bericht „Gemeinsame Sicherheit
2343 2022“ fortgeschrieben wurde. Die Logik des Krieges und der Aufrüstung muss mittel- bis langfristig
2344 durch eine weitsichtige Friedenslogik ersetzt werden. Bei der Beurteilung der aktuellen
2345 sicherheitspolitischen Lage sehen wir uns in großer Übereinstimmung mit dem DGB, der bei seinem
2346 jüngsten Bundeskongress ebenfalls den Aufbau einer stabilen Architektur für Frieden und Sicherheit
2347 forderte, wobei er sich für einen erweiterten Sicherheitsbegriff aussprach, „der nicht ausschließlich
2348 auf militärische Bedrohungsszenarien abstellt, sondern weit darüber hinaus geht, indem er auch
2349 Gefährdungen der Informations-, Kommunikations-, Versorgungs-, Transport- und Handelslinien,
2350 der Sicherheit der Rohstoff- und Energieversorgung sowie die Auswirkungen des Klimawandels und
2351 globaler Pandemien berücksichtigt“.

2352 7. Die SPD, die als Friedenspartei in der Tradition der Friedens- und Entspannungspolitik von Egon
2353 Bahr und Willy Brandt steht, ist dabei besonders gefordert. Wir erkennen an, dass wir Positionen
2354 der vergangenen Jahre in Frage stellen müssen und unsere Friedens- und Sicherheitspolitik neu
2355 justieren müssen. Ihr Ziel muss gleichwohl die Unterstützung von Frieden und Demokratie sein.
2356 Einerseits muss die Logik des Krieges und der Aufrüstung mittelfristig durch eine weitsichtige
2357 Friedenslogik ersetzt werden. Diese soll sich dabei orientieren an:

- 2358 • Schaffung langfristigen Friedens und einer für allen tragbaren Sicherheitsarchitektur in
2359 Europa und der Welt
- 2360 • Diplomatie und Zusammenarbeit als vorrangiges Mittel zur Krisenbewältigung
- 2361 • Prozesse und Verträge zur Ächtung und Abschaffung von Nuklearwaffen
- 2362 • gemeinschaftliche europäische Haltung und Handeln sowie Sicherheits- und
2363 Verteidigungsinfrastruktur.

2364 Andererseits ist es wichtig, dass Deutschland in Bedrohungs- und Krisenfällen handlungsfähig wird
2365 und bleibt - im Einklang mit für unsere Sicherheitsarchitektur relevanten Partnern. Die Bundeswehr
2366 wurde in den letzten Jahrzehnten sträflich vernachlässigt und ist deshalb in der jetzigen unsicheren
2367 weltpolitischen Situation in einem teilweise mangelhaften Zustand. Dies schränkt ihre Fähigkeit ein,
2368 unser Land im Falle eines Angriffs zu verteidigen. Ihre Ausrüstung muss deshalb auf einen
2369 modernen Stand gebracht werden. Hierzu dient das von Olafs Scholz am 27.02.2022 angekündigte
2370 Sondervermögen von 100 Milliarden Euro zur Modernisierung unserer Streitkräfte, das wir in jeder
2371 Hinsicht unterstützen. Denn sowohl aktuell als auch in der Vergangenheit hat sich immer wieder
2372 gezeigt: Schwäche und fehlende Verteidigungsfähigkeit werden von Aggressoren allzu oft als
2373 Bestätigung und Einladung für ihre expansiven Gelüste verstanden.

2374 Derzeit ist auch die Umsetzung des 2%-Zieles (Budget für Sicherheit/Verteidigung in Abhängigkeit
2375 des BIP) der NATO notwendig. Allerdings wäre es falsch dieses Ziel in der Verfassung zu verankern.
2376 Das notwendige Budget muss anpassbar sein und wird gemeinsam von den Bündnispartnern
2377 definiert. Ein starres 2%-Ziel ist da nicht zielführend. Unser Zielbild für Sicherheit und Frieden strebt
2378 auch an, eine mittel- bis langfristige Reduzierung des Budgets erreichen zu können.

2379 Wir fordern den SPD-Parteivorstand auf, zeitnah ein Konzept für eine friedenspolitische Offensive
2380 vorzulegen, das die zuvor genannten Einschätzungen und Forderungen berücksichtigt, und dieses
2381 in den Gliederungen der Partei zur Diskussion zu stellen.

2382

2383 **11.5**

2384 **Antragsstelle: Jusos**

2385 **Thema: KATAR-WM BOYKOTTIEREN!**

2386

2387 Die Herren-FIFA Fußball WM 2022 in Katar ist aus menschenrechtlicher, ethischer und ökologischer
2388 Perspektive verurteilenswert. Deshalb rufen wir alle dazu auf, die WM nicht zu unterstützen.
2389 Zusätzlich fordern wir den DFB dazu auf, die WM in Katar zu boykottieren und nicht an dem
2390 Wettbewerb teilzunehmen.

2391

2392 Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für einen offiziell ausgesprochenen diplomatischen
2393 Boykott der WM durch die EU einzusetzen. Sollte dies nicht möglich sein, ist auch notfalls ein
2394 alleiniger diplomatischer Boykott Deutschlands zu verkünden und durchzuführen.

2395

2396 **13 Wissenschaft**

2397

2398 **13.1**

2399 **Antragsstelle: Jusos**

2400 **Thema: WISSENSCHAFT NICHT DEM MARKT ÜBERLASSEN –**
2401 **GEGEN DIE NEOLIBERALISIERUNG DER DEUTSCHEN**
2402 **HOCHSCHULLANDSCHAFT**

2403

2404 Die Tendenzen neoliberaler Hochschulpolitik sind in den letzten Jahren immer stärker sichtbar
2405 geworden. So hat beispielsweise die schwarz-gelbe Landesregierung mit der Reduktion des
2406 Unterrichtsfaches Sozialwissenschaften auf die Bereiche Wirtschaft und Politik, dem überstürzten
2407 Umbau der Curricula und der damit einhergehenden Anpassung des Lehramtsstudiengangs deutlich
2408 gemacht, dass ihr ökonomische Bildung wichtiger ist als politische. Widerstand und Bedenken von
2409 Schüler*innen, Studierenden, Lehrer*innen, Wissenschaft, der GEW und weiteren Verbänden
2410 wurden ignoriert, um das eigene Prestigeprojekt durchzusetzen. Jubeln können nun nur die
2411 Unternehmen und deren Interessenverbände.

2412

2413 Der Umgang mit dem Schul- und Studienfach SoWi ist dabei nur ein Ausdruck der neoliberalen
2414 Vorstellung von Bildung und dem Wunsch nach einer marktförmigen Verwertung von Wissenschaft,
2415 welche unter der aktuellen Regierung in NRW weiter vorangetrieben werden kann. Staatliche
2416 Hochschulen befinden sich in diesem System im ständigen Wettkampf um Fördergelder und
2417 Drittmittel. Hochschulen, Fachbereiche und Disziplinen, aber auch einzelne Wissenschaftler*innen
2418 und Studierende sehen sich dem Druck ausgesetzt „wirtschaftlich verwertbare“ Ergebnisse zu
2419 liefern, um überhaupt Mittel für Forschung generieren zu können. Universitäten und Hochschulen
2420 funktionieren in diesem neoliberalen System zunehmend als kleine Unternehmen, die mit möglichst
2421 wenig Forschungsgeldern möglichst viel ökonomisch relevanten Output produzieren sollen.

2422 Verstärkt werden solche Tendenzen auch durch die Exzellenzstrategie des Bundes, mit deren Hilfe
2423 Deutschland als internationaler Forschungsstandort gestärkt werden soll. Die Exzellenzförderung
2424 erkennt hierbei jedoch, dass eine Etablierung Deutschlands als internationale Forschungsgröße
2425 bereits an der unzureichenden Grundfinanzierung der deutschen Hochschulen scheitert.
2426 Verlierer*innen dieser Effizienzideologie sind vor allem geistes- und sozialwissenschaftliche Fächer,
2427 da sich diese nicht hinsichtlich ihrer ökonomischen Verwertbarkeit klassifizieren lassen.

2428

2429 Im Spannungsfeld von Wettbewerb, Exzellenzstrategie und Unterfinanzierung leiden besonders die
2430 Mitarbeiter*innen ohne Professur: Sie tragen die Hauptlast von Lehre und Forschung, sind häufig
2431 nur mit kurzen Verträgen und auf halbe Stellen angestellt und scheiden nach maximal 12 Jahren
2432 aus dem Wissenschaftsbetrieb aus, wenn sie keine der rar gesäten Professor*innenstellen
2433 ergattern. Initiativen wie #ichbinhanna und #ichbinreyhan zeigen, dass Existenzängste und die hohe
2434 Arbeitsbelastung dazu führen, dass sich viele entscheiden frühzeitig die Wissenschaft zu verlassen
2435 oder im Ausland ihr Glück versuchen. In der stark prekarierten Wissenschaft überlebt nur, wer über
2436 ausreichende finanziellen Ressourcen und Netzwerke verfügt.

2437 Wissenschaft sollte aber nicht aufgrund ihrer Verwertbarkeit und der Kapitalisierung von Forschung
2438 betrieben werden - es braucht die wissenschaftlichen Erkenntnisse und Innovationen, um die
2439 Herausforderungen und Fragen unserer Gesellschaft zu meistern und zu beantworten.

2440

2441 Deswegen fordern wir:

- 2442 • Abkehr von der Idee der "unternehmerischen" Hochschule und des meritokratischen
2443 Narrativs, also der Vorstellung, dass alle über die gleichen Chancen und Bedingungen für
2444 einen Bildungsaufstieg verfügen und es "nur am Engagement der Einzelnen" läge.
- 2445 • Förderung von Kooperationen zwischen Hochschulen, Disziplinen und
2446 Wissenschaftler*innen im Sinne einer solidarischen Wissenschaft statt eines kopflosen
2447 Wettbewerbs. Die künftige Landesregierung sollte sich daher für die Abschaffung der
2448 Exzellenzinitiative einsetzen.
- 2449 • Bildung liegt in den Händen des Landes und muss dementsprechend ausreichend finanziert
2450 werden. Dafür braucht es eine Reformierung der Finanzierung der Hochschulen im Sinne
2451 einer umfassenden Grundfinanzierung statt einer Vielzahl befristeter Programme. Diese
2452 muss entfristete Mittel für die Anstellung Dozierender beinhalten, damit es Dauerstellen für
2453 Daueraufgaben gibt und Betreuungsrelationen verbessert werden. Mittel aus dem
2454 Hochschulpakt (HSP) und dem Zukunftsvertrag Studium und Lehre (ZVL) müssen dabei
2455 wieder an die Lehre gebunden werden, damit diese nicht anderweitig eingesetzt werden
2456 können.
- 2457 • Forschen und Lehren muss von sozialer Herkunft entkoppelt werden und darf nicht Privileg
2458 einiger weniger sein, deren Eltern zufällig selbst Professor*innen mit ausreichend Kapital
2459 sind. Dazu braucht es ein Ende der prekären Verhältnisse der Wissenschaft und die
2460 Schaffung nachhaltiger Zukunftsperspektiven.

2461 **14 Arbeit**

2462 **14.1**

2463 **Antragsstelle: Jusos**

2464 **Thema: ERST RECHT IN DER PANDEMIE - KOMMUNALE**
2465 **JOBGARANTIE**

2466

2467 Wir fordern die Einführung einer kommunalen Jobgarantie in Form eines Rechtsanspruchs auf eine
2468 sozialversicherungspflichtige Vollzeit-Beschäftigung für alle hier wohnenden Langzeitarbeitslosen.
2469 Dafür sollen neben einer Nutzung von Angeboten des Jobcenters bestehende Projekte der
2470 kommunalen Arbeitsmarktförderung (z.B. KomProArBeit, Stadtverschönerungsprogramm) in
2471 Zusammenarbeit mit Beschäftigungsträgern ausgeweitet werden. Die Entlohnung erfolgt zum
2472 jeweiligen Tariflohn bzw. zum Mindestlohn. Ziel ist die Schaffung von Beschäftigung in Bereichen
2473 der lokalen Daseinsvorsorge im weitesten Sinn.

2474 Darüber hinaus kann die Jobgarantie auch genutzt werden, um Umschulungen zu fördern. Dabei
2475 handelt es sich ausdrücklich um ein freiwilliges Angebot für alle Menschen, denen es nicht gelungen
2476 ist, eine Beschäftigung auf dem regulären Arbeitsmarkt zu finden - insbesondere auch für Menschen
2477 mit Behinderungen.

2478

2479

2480 **14.1**

2481 **Antragsstelle: Jusos**

2482

2483 **Thema: FÖRDERUNG DER KOMMUNALEN AUSBILDUNG**

2484

2485 Wir fordern eine Stärkung der Ausbildung in den Kommunen, eine attraktivere Gestaltung und ein
2486 stärkeres Bewusstsein der Kommunen, sich für neue Auszubildende einzusetzen.

2487

2488 Hierfür ist vor allem einer höhere Präsenz der Kommunen auf Jobbörsen, Ausbildungsmessen, im
2489 Internet oder in den Schulen gefragt.

2490 Daneben ist die Modernisierung der Kommunen und der Ausbildung elementar. Digitale Themen
2491 wie Open Data, Plattformökonomie oder KI müssen schneller in den Kommunen und in der
2492 Ausbildung vorangetrieben werden, damit sie sich den aktuellen Herausforderungen und Chancen
2493 der Digitalisierung stellen kann. Hierfür muss explizit neues Fachpersonal geworben werden. Dies
2494 muss jetzt schon in den Fokus genommen werden, indem die Attraktivität der Ausbildung in den
2495 Kommunen gestärkt wird.

2496 Deshalb fordern wir:

- 2497 • Dass auf Landesebene eine schnelle und auf digitale Themen gerichtete Strategie zur
2498 Stärkung der kommunalen Ausbildung entwickelt wird.

2499

2500 15 Organisationspolitik / Partei

2501

2502 15.1

2503 **Antragsstelle: Jusos**

2504 **Thema: KEINE PARTEISPENDEN VON RECHTS!**

2505

2506 Die Annahme von Spenden von Personen oder Organisationen, die erkennbar im Zusammenhang
2507 mit rechten Gruppen stehen, wird für unvereinbar mit den Grundwerten der SPD erklärt. Aus diesen
2508 – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – und ihrem historischen Erbe, das Otto Wels und mutige
2509 Sozialdemokrat:innen seit der Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes 1933 hinterlassen haben,
2510 folgt die Verpflichtung aller Mitglieder und Parteigremien, konsequent gegen Rassismus,
2511 Faschismus und rechtes Gedankengut in unserer Gesellschaft zu kämpfen. Viele
2512 Sozialdemokrat:innen tun dies auch heute jeden Tag, und viele sind selbst von
2513 Menschenfeindlichkeit betroffen. Aus Respekt vor ihnen allen gebietet es die sozialdemokratische
2514 Grundhaltung in geradezu selbstverständlicher Art und Weise, dass Parteispenden an die SPD aus
2515 dem Umkreis rechter Organisationen abzulehnen sind.

2516 Im Landtagswahlkampf 2022 ist das nicht passiert. Teile des Wahlkampfs wurden durch eine
2517 Spende in Höhe von 25.000 Euro von der Projekton Immobilien GmbH unterstützt, die sich laut
2518 öffentlich einsehbarem Handelsregister zu 50 Prozent im Eigentum von **Wolfgang von Moers**
2519 befindet. Wolfgang von Moers ist der geschäftsführende Gesellschafter der WvM Immobilien +
2520 Projektentwicklung GmbH und damit einer der größten Immobilienunternehmer in Köln. Er spendete
2521 2016 und 2017 mehrfach fünfstelligen Summen an die AfD, um nach eigener Aussage „die CDU
2522 wieder auf den richtigen Kurs zu bringen“. Infolgedessen kündigten mehrere Vereine und
2523 Organisationen die Zusammenarbeit mit Wolfgang von Moers auf. Der Fall wurde mehrfach
2524 öffentlich im Kölner Stadt-Anzeiger thematisiert: [KStA vom 28.03.2019](#) und [KStA vom 25.08.2021](#).

2525 Was für die genannten Organisationen selbstverständlich ist, sollte auch für die SPD verständlich
2526 sein. Spenden aus dem Umfeld von Wolfgang von Moers sind abzulehnen. Doch der
2527 Unterbezirksvorstand hat die genannte Spende in seiner Sitzung am 7. März 2022 bei nur vier
2528 Gegenstimmen und zwei Enthaltungen mehrheitlich genehmigt. Dieser Vorgang stellt aus unserer
2529 Sicht als antirassistischem und antifaschistischem Verband einen unhaltbaren Verstoß gegen die
2530 Grundwerte der SPD dar. Die Annahme der Spende konterkariert das tagtägliche Engagement der
2531 Genoss:innen für die Menschen in unserer Stadt und für eine freie, weltoffene Gesellschaft. Sie fügt
2532 der Partei, ihrer Glaubwürdigkeit und ihren Wertefundamenten erheblichen Schaden zu. Aus diesem
2533 Grund muss eine Wiederholung eines solchen Verstoßes in Zukunft ausgeschlossen und geahndet
2534 werden. Der Unterbezirksvorstand ist in seinen künftigen Entscheidungen über die Genehmigung
2535 von Spenden an den so gefassten Unvereinbarkeitsbeschluss gebunden. So eröffnet der
2536 Unterbezirksvorstand gemäß Art. 35 Abs. 1 des Organisationsstatus der SPD künftig gegenüber
2537 Mitgliedern, die sich entgegen dieser Unvereinbarkeit um solche Spenden bemühen oder sie
2538 einsetzen, ein Parteiordnungsverfahren.

2539

2540 **15.2**

2541 **Antragsstelle: AG 60plus**

2542 **Thema: Transparenz und Überprüfung von**
2543 **Mandatsträgerabgaben**

2544 **Transparenz schaffen – Macht begrenzen – Gerechtigkeit herstellen –**
2545 **Parteifinanzen stabilisieren**

2546 **Beschluss des UB-Parteitags zur Einforderung von satzungsmäßigen**
2547 **Mandatsträgerabgaben nach § 2 Absatz 2 Finanzordnung und zur Berichtspflicht der**
2548 **Kontrollkommission auf UB-Parteitag**

2549

2550 **1. Fehlen einer wirksamen Kontrollinstanz bzw. eingeschränkte Wahrnehmung von**
2551 **Kontrollaufgaben**

2552 Aktuell werden notwendige und mögliche Maßnahmen zur Feststellung von Abgaben-
2553 hinterziehungen nicht getroffen.

2554

2555 Dem Kassierer obliegt die Kassenführung des UB und damit die Führung des Finanzwesens, zu der
2556 auch die regelmäßige Prüfung der Abgaben- und Beitragshöhe und die Überprüfung der Abgaben-
2557 und Beitragsleistung gehören.

2558

2559 Die Aufgabe der Kontrollkommission ist die Prüfung der Kassengeschäfte des UB-Vorstands. Ihr
2560 obliegen die Rechte und Pflichten der Finanzordnung der SPD. Danach prüfen sie u. a. regelmäßig,
2561 ob die Buchungen mit den Belegen übereinstimmen, ob die Ausgaben angemessen sind und den
2562 Beschlüssen (Wirtschaftsplan) entsprechen, ob alle Konten und die Bargeldkasse im
2563 Rechenschaftsbericht erfasst sind und ob die Beitrags- und Abgabeleistungen satzungsgemäß sind.
2564 Insbesondere vor Wahlen für Funktionen und Kandidaturen für öffentliche Ämter ist die Erfüllung der
2565 satzungsgemäßen Pflichten zu überprüfen.

2566

2567 Die Kontrolle von IST und SOLL der Mandatsträgerabgaben erfordert neben der Nutzung der
2568 parteiintern vorliegenden Informationen außerdem, dass die einschlägigen zur Verfügung stehenden
2569 offenen Quellen in die Prüfung einbezogen werden.

2570

2571 Die Funktion der Kontrollkommission wird in der Regel als reine Kassenprüfung missverstanden.

2572

2573

2574 **2. Transparenz schaffen, Ehrlichkeit unterstützen und Gerechtigkeit herstellen**

2575 Die besonders herausgehobene Verantwortung von Vorsitzender/Vorsitzendem und Kassierer hat
2576 in der Vergangenheit nicht zu einer Feststellung selbst langjähriger Hinterziehungen von
2577 Mandatsträgerabgaben geführt. Dadurch wurden der Partei im großen Umfang ihr zustehende
2578 Finanzmittel vorenthalten. Insofern hat das Gros der ehrlichen Mandatsträger einen weit
2579 überproportionalen Anteil an den Gesamtabgaben getragen. Das bisherige Verfahren hat so zu einer
2580 starken Ungleichbehandlung der Mandatsträger und zur Schwächung der Finanzkraft der KölnSPD
2581 geführt.

2582

2583 **3. Einmalige retrograde Überprüfung von Mandatsträgerabgaben für die letzten fünf**
2584 **Jahre**

2585 Der UB-Parteitag beschließt mit diesem Antrag, die Mandatsträgerabgaben der vergangenen letzten
2586 fünf Jahre mit den über Mandate generierten Einkommensquellen abzugleichen.

2587 Im Fall des Feststellens großer Abweichungen getätigter Abgaben von nachweisbaren höheren
2588 Abgabepflichtigen (Betrag von über 5.000 € in fünf Jahren) sind die Untersuchungen auf die
2589 zurückliegenden 15 Jahre auszuweiten.

- 2590 Diese Maßnahme betrifft nur einzelne Mandatsträger mit hohen Zuwendungen aus Unternehmen.
- 2591 **4. Fortwährende jährliche Überprüfung, Berichtspflichten gegenüber dem UB-Parteitag,**
2592 **Stärkung der Finanzen der KölnSPD**
- 2593 Zukünftig soll diese Überprüfung für jedes Geschäftsjahr nach Vorliegen der betreffenden Quellen
2594 des Unternehmens-, Parteien- und Parlamentsrechts vorgenommen werden. Für die endlich
2595 einzuhaltende Berichtspflicht der Kontrollkommission (§ 14 UB-Satzung) erstellt der/die Kassierer*in
2596 einen Statusbericht.
- 2597 Auf jedem UB-Parteitag wird über den jeweiligen Überprüfungsstand und die Ergebnisse der
2598 Prüfungen der Mandatsträgerabgaben berichtet.
- 2599 Der konkrete Auftrag zur konsequenteren Überprüfung von Mandatsträgerabgaben wird zukünftig
2600 die bisher mögliche Hinterziehung dieser unterbinden. Die Finanzkraft der KölnSPD wird dadurch
2601 nachhaltig gestärkt werden.